

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringer-ohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 6 gespaltene Pettizelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60 II. zu senden.

Nr 12

Sonntag, den 24. März

1912

Der Streik der Bergleute des Ruhrreviers abgebrochen!

Soeben erhalten wir die Nachricht, daß eine Vertrauensmännertagung der drei Verbände beschlossen hat, den Streik abzubreaken. Die „christlichen“ Führer, Arm in Arm mit Grubenproleten und Polizei, haben die um Brot kämpfenden Bergleute niedergedrückt! Möge den Christenführern bei ihrem Siegesfest der furchtbare Fluch hungernder Proletarier vernichtend entgegenschlagen!

Preussische Junkereien.

Im Preussischen Herrenhause, ausgerechnet also in der vornehmsten Körperschaft, die zu den gesetzgebenden gezählt wird, haben Vertreter mittelalterlicher Gesinnung den von uns bereits mitgeteilten Antrag eingebracht, Buchhausgesetze zum Schutz von Streikbrechern zu schaffen. Am 12. März kam dieser Antrag zur Beratung. Ueberflüssig — den brutalen Herrenstandpunkt der verstocktesten aller Junker aus ihren Reden nachzuweisen. Was uns an der Sache interessiert, ist die Stellung der Regierung, die dort durch einen Unterstaatssekretär zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Einbringung eines Buchhausgesetzes lehnt die Regierung nach diesen Erklärungen ab. Ganz nach der Methode, wie es der Reichskanzler im Reichstage tat. Böte sich die Gelegenheit, in gemeinen Strafrecht Ausnahmestimmungen gegen streikende Arbeiter einzuschleichen und bestände die Möglichkeit, sie im Reichstage durchzubringen, so würde die Regierung das mit Eilzuggeschwindigkeit tun. Aber dazu ist gegenwärtig im Reichstage wenig Aussicht, darum läßt die Regierung jetzt die Hand davon.

Desto williger kommt sie in der Praxis den Scharfmachern entgegen, wie die Entsendung von Polizei- und Militärtruppen in das Gebiet der streikenden Kohlenarbeiter beweist. Im Herrenhause drückte das der Unterstaatssekretär mit den Worten aus, daß die Maßnahmen der Staatsregierung ausreichen, um die öffentliche Ruhe und Ordnung im Streikgebiet nach jeder Richtung hin zu schützen. Wie das gemacht wird, davon geben uns zahlreich von uns veröffentlichte Beispiele von Handlungen der Behörden, unter arbeiterfeindlicher Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung reichlich Kenntnis.

Doch das genügt den Betreffenden des Herrenhauses nicht. Graf Bieten-Schwerin bezeichnete die Meinungen des Unterstaatssekretärs Holz als eine Bankrotterklärung des preussischen Staates. Und als Herr Holz sagte, daß bei einem Streik von Hunderttausenden es schon vorkommen kann, daß mal ein Streikbrecher belästigt wird, da geriet der Herr Graf aus dem Häuschen und meinte: „Dann muß eben der Belagerungszustand verhängt werden.“ Dem ist die Regierung auch ohne Ausnahme schnell nachgekommen, wie die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet bestätigen, wo zwar der Belagerungszustand nicht kriegsmäßig proklamiert ist, aber tatsächlich in einzelnen Revieren besteht.

Ohne Ausnahme geht die Regierung in schärfster Weise gegen die Arbeiter vor. Das befreit jedoch die Scharfmacher noch nicht, die wahnwitzig Ausnahme-gesetze fordern, um eine allgemeine Jagd auf Rotwild veranstalten zu können, wie unter dem Sozialistengesetz. Wahnwitzig nennen wir dies Gefahren, weil es von dem Nichtverständnis der geschichtlichen Lehren aus jener Zeit zeugt, wo die herrschenden Klassen mit dem Sozialistengesetz bankrott geworden waren im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Ueberhaupt, die Spuren der Ausnahme-gesetze schrecken, wie auch die Ausnahme-gesetze gegen die Zentrumspartei aus der Zeit des „Kulturkampfes“ lehnen.

Von diesen Lehren bleiben solche Herren, wie im Herrenhause und auch ähnliche in andern Körperschaften unberührt. Wie könnten sie darum wohl Verständnis dafür haben, daß die inzwischen zur Viermillionenpartei angewachsene Sozialdemokratie heute noch viel weniger mit Ausnahme-gesetzen besiegt werden könnte, als vor dreißig Jahren! Sie begreifen auch nicht, daß, wenn sie die Regierungserklärung eine Bankrotterklärung nennen, die Forderung nach Ausnahme-gesetzen oder nach Anwendung von Pulver und Blei dies eine noch kläglichere Bankrotterklärung ist. Gegenüber dem sozialistischen Gedanken, gegenüber der Organisation der Arbeiter, gegenüber ihrer Geschlossenheit und Disziplin ist eben die bürgerliche Gesellschaft am Ende ihres Latens. Sie unverständiger und gewalttätiger sie gegen die sozialistische Bewegung vorgeht um so fester schweißt sie ihre Anhänger zusammen

und trägt so zu ihrer Befestigung und schnelleren Ausbreitung bei.

Doch sei dem, wie ihm wolle — die Scharfmacherei im Preussischen Herrenhause und die praktische Durchführung der Wünsche aller Scharfmacher durch die Regierung beim Streik der Kohlenarbeiter zeigt offensichtlich, daß die herrschenden Klassen nur noch mit Gewaltmitteln gegen die Arbeiterbewegung vorgehen.

Wurde benimmt sich in dieser Situation die Wortführerin der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“. Sie ist wegen der Äußerungen des Unterstaatssekretärs „nicht nur aufstieft, sondern sie ist von ihnen „aufs lebhafteste bestrahlt“, ja geradezu aufschmerzte verletzt.“ Das glauben wir dem Blatt aufs Wort. Denn so unsinnig, ja geradezu kindisch, wie die „Deutsche Tageszeitung“ den politisch-polizeilichen Befehl gegen die Sozialdemokratie geschwungen sehen will, das könnte der brutalste Polizeiminister oder Reichskanzler nicht ausführen, wenn er auch noch so „dumm, aber stark“ wäre. Und da die Dummheit des Blattes keinen Anklang findet, so fühlt es sich verletzt. Ein ganz natürlicher Vorgang.

Noch drohlicher ist es, wie der verlegte Verteidiger der Prügelstrafe, Herr Knuten-Dertel, der Regierung fürchterliche Rache androht; er schreibt wörtlich:

„Darüber wird noch weiter zu reden sein; und es wird sich voraussichtlich bald an anderer Stelle Gelegenheit bieten, mit dem Herrn Unterstaatssekretär und mit der Regierung, falls sie nicht diese seine Äußerung zurückziehen sollte, ein deutliches Wort zu sprechen.“

Die „andere Stelle“, wo dies geschehen soll, ist die mit ihr zusammenhängende Stelle, eben des Herrenhauses würdig, es ist das Preussische Abgeordnetenhaus, wo auf Grund des „elendesten aller Wahlsysteme“ sich ein fast ebenso gesetzgeberisches Element vorfindet, wie im Herrenhause. Dort kann gut werden, wenn die Junker mit der Regierung „Fraktur reden“ wollen, denn bekanntlich sind einige sehr lebendige sozialdemokratische Geister in diesem Karpfenteiche, die zu dieser Regierungshandlung ein zeretzendes Ferment liefern werden. Es kann also losgehen! Je eher, je besser!

Schwarz-blau herrscht.

Kaum ist das große Loch im Reichsfiskus durch die sogenannte Reichsfinanzreform gestopft worden, worauf sich der Reichsschatzsekretär Wermuth nicht wenig zugeute tat, da kommt der Moloch Militarismus und fordert neue große Opfer. Die Verstärkung der Wehrmacht soll zirka 180—200 Millionen Mark jährlich betragen. Nach den Osterferien wird sich der Reichstag bereits mit den Militär- und Flottenvorlagen zu beschäftigen haben.

Daß neue Militärvorlagen kommen würden, war bei den Reichstagswahlen bereits von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dem Presseorgan des Reichskanzlers, angekündigt worden. Ebenso war damals schon klar, daß diese Vorlagen von den bürgerlichen Parteien bewilligt werden. Man stritt sich scheinbar nur um die Frage der Kostenbedeckung. Nationalliberale und Fortschrittler wiesen auf die Erbschaftsteuer hin, die trotz des Widerstandes der Schwarz-Blauen kommen müsse.

Nun ist es aber anders gekommen. Als der Reichsschatzsekretär Wermuth den Etat vorlegte und erläuterte, wurde dann in den Debatten vom Zentrum und den Konservativen Stellung zu künftigen Steuervorlagen bohrte an dem Etat herum, fand, daß große Ueberschüsse vorhanden seien, die zur Deckung benötigt werden sollten. Reichten sie nicht aus, könnten ja einige kleine Steuern auf das mobile Kapital nachhelfen. Gegen diese Schieberereien wehrte sich der Reichsschatzsekretär energig. Aber es half nichts.

Inzwischen wurden die Militärvorlagen vom Bundesrat akzeptiert und die Deckungsfragen dazu erzwungen. Der Reichskanzler selbst hatte zunächst sich für die Meinung des Reichsschatzsekretärs entschieden. Aber das Zentrum bohrte an dem Etat herum, fand, daß große Ueberschüsse vorhanden seien, die zur Deckung benötigt werden sollten. Reichten sie nicht aus, könnten ja einige kleine Steuern auf das mobile Kapital nachhelfen. Gegen diese Schieberereien wehrte sich der Reichsschatzsekretär energig. Aber es half nichts.

Der Reichskanzler hatte für die vorige Woche eine Konferenz der Minister der Einzelstaaten nach Berlin berufen, wo die Kostenbedeckung für die Militärvorlagen vereinbart werden sollte. Hierbei hat besonders der neue schwarze Häuptling des bayerischen Ministeriums, Herr v. Hertling, mit allem Nachdruck gegen die Erbschaftsteuer sich gewandt. Die Parteien des Zentrums

gegen den Reichsschatzsekretär weiter getrieben und den Reichskanzler zum Umfall bewogen. Herr v. Bethmann-Hollweg hat abermals eine Schwenkung zugunsten der Schwarz-Blauen vollzogen, wie bei dem Steuerraubzug des Jahres 1909. Die Erbschaftsteuer ist von ihnen aufgegeben.

Natürlich hielt das der Reichsschatzsekretär für eine Brückierung seiner Steuerabsichten durch die Schwarz-Blauen und den Reichskanzler, daher nahm er schleunigst seinen Abschied. Herr Wermuth ist Reichsschatzsekretär gewesen. An seine Stelle tritt sein Unterstaatssekretär, Herr Kühn.

Die Frage der Kostenbedeckung ist jedoch noch nicht gelöst. Es schwirren Gerüchte aller Art herum. Am meisten wird die Aufhebung der Branntweinliebesgabe in den Vordergrund gedrängt. Doch das ist nur ein Köder für die Liberalen. Aus neue ist sogar schon wieder über eine Biersteuer unterhandelt worden. Außerdem kommen allerhand Projekte zum Vorschein. Selbst die Einführung von Monopolen ist im Reichsschatzamt mit den Führern der bürgerlichen Parteien zur Sprache gekommen. Es sollte uns sehr wundern, wenn nicht freche Junker auch eine neue Belastung des Tabaks „aufs Tapet“ gebracht haben sollten. Diese Gefahr für die Tabakindustrie ist keineswegs ausgeschlossen.

Wir werden warten, bis die Mogeleyen sich zu Vorschlägen verdrängen, die zur Sondierung in die Öffentlichkeit geworfen werden. Dann werden wir Stellung dazu nehmen. Nur das wollen wir heute feststellen, daß nie eine Sanierung der Reichsfinanzen eintreten wird, solange die Rüstungen fortgesetzt und bis ins äußerste Extrem getrieben werden. Im Jahre 1909 sagten wir bereits voraus, daß in den nächsten drei Jahren neue Militärvorlagen kommen werden, die neue Steuern erfordern. Bis jetzt ist aus den offiziellen Meldungen zu ersehen, daß zirka 200 Millionen Mark neuer Einnahmen erforderlich werden. Die Schraube ohne Ende wird weiter angezogen und die werktätigen Klassen sollen wieder bluten.

Die Junker und Agrarier aber, überhaupt die Kapitalisten, drücken sich von den Steuern, deshalb intrigieren sie gegen den Reichsschatzsekretär, mißfallen gegen die Erbschaftsteuer und zwingen den Reichskanzler zum Rotau unter ihren Willen.

Schwarz-Blau herrscht also!

Der organisierte Verrat.

Anders ist die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften nicht zu bezeichnen, wenn man ihre Stellung zum Streik der Kohlenbergleute im Ruhrgebiet näher ins Auge faßt. Seit Jahren sind die Bergleute mit Versprechungen höherer Löhne von den Zechenverwaltungen hingehalten worden. In dieser Zeit sind die Lebensmittel usw. im Preise gestiegen, die Lebenshaltung ist infolge der Höhe und indirekten Steuern, die gerade von der Zentrumspartei im Reichstage durchgedrückt wurden, eine schwieriger geworden, da ist es dringlich notwendig, endlich die Versprechungen zur Wahrheit zu machen und die Löhne zu erhöhen.

Zu diesem Zwecke schweben seit langem Unterhandlungen zwischen den organisierten Arbeitern, die auch den Zechenverwaltungen bekannt waren. Diese aber rührten sich nicht und bewiesen damit schon den Arbeitern, daß sie ohne den äußersten Kampf nichts zu erwarten hätten. Da formulierten die Arbeiter ihre Forderungen und die stärkste der Bergarbeiterorganisationen, der Deutsche Bergarbeiterverband, ergriff die Initiative, versuchte alle Bergarbeiterorganisationen für die Durchführung jener Forderungen zu interessieren. Allein die Führer der christlichen Bergarbeiterorganisation, die von den Politikern des Zentrums beeinflusst werden, erhielten dorthin die Drohe, sich nicht an dieser Lohnbewegung zu beteiligen. Sie wirkten denn in diesem Sinne unter den christlich organisierten.

Als dessenungeachtet die übrigen Organisationen, auch die Hirsch-Dunderschan, die Lohnbewegung nicht fallen ließen, sondern eine Entscheidung der Arbeiter im ganzen Ruhrgebiet herbeiführten, die sich mit überwältigender Mehrheit für den Streik entschieden, da setzten die „christlichen“ Führer mit einer verräterischen Gehe gegen die Streikenden ein, die ein unausstehlicher Schandfleck in der Arbeiterbewegung bleiben wird. Flugblätter, die von den Zechenverwaltungen selbst geschrieben sein könnten, forderten die Bergleute nicht nur auf, nicht zu streiken, sondern sie riefen nach Polizei und Militär, um den Streik zu unterdrücken.

Schamlos vertieten diese „Christen“ ihre mitleidenden Kameraden dadurch an die Zechenverwaltungen. Wie sie den Verrat zu bemänteln suchen, das macht ihn nur

am so schändlicher. In ihren Flugblättern brüden sie: „Die Zechenverwaltungen müssen aber die berechtigten Forderungen der Bergleute erfüllen. Auch wir verlangen das. Wollen sie das nicht, so müssen sie verantwortlich gemacht werden, wenn unsere Volkswirtschaft in absehbarer Zeit ein unerfesslicher Schaden zugefügt wird.“

Also werden nicht nur die Forderungen der Bergleute als berechtigt anerkannt, das Flugblatt geht viel weiter, es droht selbst mit dem Streik — „in absehbarer Zeit“. Für die Bergleute ist aber diese Zeit gekommen, darum entschlossen sie sich für den Streik, da die Zechenverwaltungen — wahrscheinlich gestärkt von dem Verrat der „Christlichen“ — Unterhandlungen propäz ablehnten.

Da geschah das Empörende. Trotzdem die verräterischen Flugblätter der Christlichen die Berechtigung der Forderungen anerkennen mußten und selbst mit dem Streik drohten — „in absehbarer Zeit“ — hefteten sie gegen den Streik und forderten offen auf: „Es darf jetzt nicht gestreikt werden“. Aus welchen Gründen? Obgleich die verräterischen Wische selbst den Streik in Aussicht stellen, heißt es darin unter anderem: „Ein Streik der Bergleute würde auch die Arbeiter anderer Berufe in Mitleidenschaft ziehen und insbesondere auch auf den Mittelstand ungünstig einwirken.“

Wui, aber die heuchlerischen Verräter! Würde das etwa nicht der Fall sein, wenn der Streik erst „in absehbarer Zeit“ einträte? Gewiß! Aber die arbeiterverräterischen Abwiegler wollen den Streikenden durch diese Bemerkungen die Sympathie der „Arbeiter anderer Berufe“ und des „Mittelstandes“ entziehen. Das ist der schandbare Zweck dieser Hezerei.

Nun sind aber diese Behauptungen nicht etwa die wahren Gründe für die Abwiegerei der „christlichen“ Führer. Sie entschlossen sich deshalb nicht für den Streik und traten gegen die wohlberechtigten Forderungen der Bergleute auf, weil der Deutsche Bergarbeiterband die Initiative ergriffen hatte und selbstverständlich als stärkste Organisation der Bergleute auch die Führung haben würde, obwohl sich auch bei früheren Lohnbewegungen zeigte, daß er kollegialisch diese Führung nur nach dem Gesamtwillen richtet.

Da nun allgemein die Fadenähnlichkeit der angeblichen Gründe der „christlichen“ Abwiegler durchschaut werden, suchen sie nach neuen Gründen und verbreiten die Lüge, der Streik sei ein Sympathiestreik für die streikenden Kohlenbergleute in England. Dabei gährt es unter den Bergleuten der ganzen Welt. In Amerika steht eine Lohnbewegung ein; in Frankreich und Belgien ist sie im Gange; in Oesterreich droht jeden Augenblick ein großer Streik auszubrechen; die sächsischen Bergleute entscheiden sich in diesen Tagen, ob sie ihren Forderungen durch einen Streik Nachdruck geben sollen. Es ist eben ein allgemeines Gebot der Not, das die Arbeiter zwingt, vorzugehen, um die Halskarrigkeit der ausbeuterischen Kohlenbarone zu brechen. Und da faheln die christlichen Verräter etwas von einem Sympathiestreik für die englischen Bergleute. Dieser Sympathiestreik müßte demnach ein internationaler, weltumspannender sein! Die Ausrede ist also zu faul, als daß sie Bedeutung gewinnen könnte. Außerdem würde ein Sympathiestreik nur ein ehrendes Zeugnis für die sein, die ihn für ihre leidenden Kameraden in Szene setzen würden.

Endlich aber enthüllen die christlichen Verräter selbst ihre eigenen niederträchtigen Gedanken und Absichten mit einer weiteren, unsäglichen Ausflucht, indem sie in die Welt schreien: „Der Streik der Bergleute im Ruhrgebiet sei von den sozialdemokratischen Führern ins Werk gesetzt, um Rache für den Ausgang der Reichstagswahlen im Ruhrgebiet zu nehmen.“

Diese Lüge erstreckt schon an der Tatsache, daß die Sozialdemokratie auch im Ruhrgebiet großartigen Stimmengewinn hatte und daß das Zentrum mit den Nationalliberalen — also die beiden angeblichen Todfeinde — sich verbündet mußten, wenn sie diesmal nicht schon unterliegen wollten. Und trotz des Bündnisses feierten die Sozialdemokraten Siege in Dortmund, Düsseldorf usw. Also diese Lüge fällt platt zu Boden. Aber umgekehrt beteiligen sich die „christlichen“ Führer nicht an der Bewegung aus Haß gegen die Sozialdemokratie, die eben unerbitlich, unerschrocken und unbeeinflusst von Parteien des Ausbeuterlums für die Forderungen der Arbeiter eintritt. Daher die Rat der „christlichen“ Führer, die sie bis zum Arbeiterverrat treibt.

Wie sie dazu die christlichen Gewerkschaften mißbrauchen, das charakterisiert die Tätigkeit dieser Gewerkschaften als organisierten Verrat. Davon werden sich die Arbeiter mit Ekel abwenden.

Reichstagsbrief.

Am 12. und 13. März führten die Verhandlungen über einige kleinere Titel des Etats des Innern zur Annahme einiger Resolutionen, unter anderem zur Förderung des Schulbaues, zu vermehrtem Schutz gegen Reichshäufige usw.

Bei dem Titel „Belastung des Reiches aus der Reichsversicherungsordnung“ forderte der Abg. Rauch eine Erhöhung der Entschädigung, die den Familien der zu militärischen Friedensübungen eingezogenen Männer gewährt wird. — Lang und breit wurde am 13. März über die Maul- und Klauenpest debattiert, ohne daß ein neuer Gesichtspunkt in dieser Frage aufgetaucht wäre.

Dann aber sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Schulz zu dem Titel „Reichsschulwesen in Sibirien“ und entwiderte dabei ein zeitgemäßes Schulprogramm, zu dessen Ausführung allerdings ein Reichsschulamt nötig wäre, wie der Redner ausführte. Die Mängel des heutigen Schulwesens legte Schulz unerbitlich bloß. Die Zusammenhänge der Lehr- und Wehrkraft schäbarte

er drastisch und hob besonders hervor, wie für den heutigen Existenzkampf der wertvollen Klassen eine weitgehende Schulbildung notwendig sei. Um, da das Schulwesen unter den verschiedenartigsten Gesetzen der Einzelstaaten leidet, wenigstens eine Wendung zum Besseren herbeizuführen, forderte eine sozialdemokratische Resolution den Reichskanzler auf, dem Reichstage alsbald ein Reichsschulgesetz vorzulegen.

Die reaktionären Abg. Mumm und Konforten bekämpften die Ausführungen des Genossen Schulz und wendeten gegen die Resolution ein, daß Schulangelegenheiten nicht zur Kompetenz des Reiches gehörten; sie wußten, daß die Gesetzgebungen der Einzelstaaten an der Volksschule keine Veränderungen vornehmen, die mit den veralteten Zuständen aufräumten, daher erheben sie den Kompetenzeinwand, der aber nicht zutrifft, sobald der Reichstag ein Reichsschulgesetz will. Die Resolution wurde nach Schluß der Debatte am 18. März gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Fortschrittler abgelehnt.

Inzwischen war vom 14. bis 18. März ein Redekampf ausgebrochen über die Interpellation des Zentrums über den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier. Das Zentrum hatte die Interpellation gestellt, um den Führern der christlichen Gewerkschaften, Giesbertz, Schiffer, Weder usw. Gelegenheit zu geben, die Verräterei des christlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter an den Interessen der Bergarbeiter zu rechtfertigen. Dabei verstiegen sich die Genannten zu den unwahren Behauptungen über die Motive des Streiks und zu den ungläublichsten Hezereien gegen die Streikenden. Die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftler konnte eine schmachlichere Verteidigung und Vertretung nicht finden.

Den christlichen Arbeiterführern wurde jedoch das Konzept gründlich verdorben durch die sozialdemokratischen Redner Sackse, Dr. Erdmann und König, die die Unwahrheiten der Christlichen zerplückten, ihre Arbeiterverräterei brandmarkten und in großen Zügen die Lage der Bergarbeiter, die Notwendigkeit ihres Kampfes und ihre Solidarität im Kampfe einbringlich und wirksam darlegten. Die Parteimahne der Regierung für die Zechenbarone, die Entsendung von Polizei und Militär in das Streikgebiet, die provokatorischen Ausschreitungen der Polizei, die vereinsgesetzlichen Uebergriffe der Behörden usw. wurden von den sozialdemokratischen Rednern mit größter Schärfe kritisiert und die Regierung aufgefordert, Rechenschaft über ihre Parteimahne abzulegen.

Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, und der preussische Handelsminister Sydow beharrten jedoch in ihrer arbeiterfeindlichen Haltung. Die Gewaltmaßregeln versuchten sie zu verteidigen als notwendig, aber auch als unbedeutend hinzustellen. Wieder einmal wurde der Beweis geliefert, daß die Staatsmacht für den Kapitalismus gegen die Arbeiter eintritt, so daß die Arbeiter sich selbst ihre Gleichberechtigung erkämpfen müssen, um das Prozedur der ausbeuterischen Zechenbarone zu brechen.

Die Regierung und die Christlichen erhielten in ihrer Parteimahne gegen die Streikenden natürlich Sukkurs, so durch die Abg. v. Bieberstein (Kons.), der im näselnden Leutnantston Gehörtes nachscharrte, und den nationalliberalen Abg. Böttger, einen Handlanger der Scharfmacher. Von den Fortschrittler rebete Abg. Gedjcher, der zunächst einen Ciertanz verübte, aus dem die Abneigung gegen den Streik zu spüren war und der sich zu der abwiegelnden Bemerkung verstieg, die Bergarbeiter kämpften für eine verlorene Sache. Dieser Wiedermann wurde vom Genossen Sackse dafür beim Ohr genommen, wie auch fortschrittliche Blätter ihm einen Nasenstüber gaben.

Leider können an Interpellationen bis jetzt noch nicht Anträge angeknüpft werden, so daß eine beschließende Kundgebung des Reichstags nicht provoziert werden konnte. Aber die Sache der Streikenden fand durch die sozialdemokratische Fraktion eine ebenso kräftige, wie würdige Vertretung.

Nun geht wieder die Debatte über das Reichsamt des Innern weiter.

Rundschau.

Preußen ist ein ganz besonderer Staat. Preußen charakterisiert sich in der Praxis durch einen brommigen bewehrten Schutzmantel, der nach dem Dreiklassenwahlrecht wählt, in der Theorie ist es eine Idealmonarchie. Die in der preussischen Verfassung garantierten Rechte der Preußen — Titel II, Art. 3 bis 42 — haben als Vorbild die von der französischen Revolution proklamierten droits de l'homme et de citoyen und die Grundrechte, welche die Frankfurter Nationalversammlung vom 21. Dezember 1848 beschloß. Die Väter der preussischen Verfassung, was die Rechte der Preußen betrifft, sind also durchaus ehrenwert und geschichtlich bedeutend. Dem entspricht auch die Formulierung jedes Preußenrechtes. Das ist u. a.:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Ständerechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“

„Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“

„Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden.“

„Jeder Preuze hat das Recht, durch Schrift, Druck und mündliche Darlegung seine Meinung frei zu äußern.“

„Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu.“ Eine schöne Auswahl vernünftiger Staatsartikel! Nur möchten wir fragen:

Sind heute alle Preußen vor dem Gesetze gleich? Finden heute in Preußen Ständevorrechte nicht statt?

Ist heute die Freiheit des Religionsbekenntnisses in Preußen gewährleistet?

Stehen heute die öffentlichen Ämter in Preußen jedem Befähigten gleich offen?

Ist heute in Preußen die Wissenschaft und ihre Lehre frei?

Ist heute in Preußen für die Jugendbildung durch öffentliche Schulen genügend gesorgt?

Darf heute jeder Preuze seine Meinung in jeder Form frei äußern?

Wird heute das Petitionsrecht allen Preußen — auch den Beamten — zugebilligt?

Die Fragen sind in der Staatsverfassung Preußens theoretisch mit „Ja“ beantwortet, die Praxis beantwortet sie mit Nein!

In einem Klassenstaate kann es keine Gleichberechtigung geben, sie ist so lange Verfassungstheorie, als sie nicht durch das Volk zur Praxis gemacht worden ist! Lohnzahlungsblüher. Die bisherige Vorschrift der Gewerbeordnung, wonach in den Fabriken für die minderjährigen Arbeiter Lohnzahlungsblüher einzurichten sind, wird mit dem Ende des laufenden Monats hinfällig. Dagegen ist in der am 1. April d. J. in Kraft tretenden neuesten Gewerbeordnungs-Novelle vorgeschrieben, daß in allen Betrieben mit mindestens 20 Arbeitern der Arbeiter bei der regelmäßigen Lohnzahlung ein schriftlicher Beleg über den Betrag des verdienten Lohnes und der einzelnen Arten der vorgenommenen Abzüge auszuführen ist. Zuwiderhandlungen sind mit Strafe bedroht.

Als Material für ein neues Buchstausgesetz, das die Scharfmacher wünschen, kann folgendes Schreiben des Vereins der Fluß- und Wärdzwerker dienen: „Simsbüttelerstr. 34. Hamburg, März 1912.“

An Herrn N. N., Havelberg.

Durch die dortigen Schiffswerften, welche Mitglieder unseres Vereins sind, wird uns bekannt gegeben, daß Sie einen Streikenden namens ... in Arbeit gestellt haben; sollte dieses der Fall sein, so möchten wir Sie doch höflich bitten, diesen Mann zu entlassen, weil es doch im gegenseitigen Interesse der Arbeitgeber liegen muß, sich im Streik zu helfen. — Zudem wir bestimmt hoffen, daß Sie eventuell unsere Bitte erfüllen werden, empfehlen wir uns ihnen hochachtungsvoll Thielkow.“

Also erst sperren die Schiffswerftbesitzer in Havelberg ihre Leute aus, weil diese es ablehnten, sich schriftlich zu verpflichten, ein Jahr zu den alten Lohnbedingungen weiter zu arbeiten (irgendwelche Forderungen sind von den Arbeitern bisher noch nicht erhoben), und dann werden die Leute, die sich anderweitig um Arbeit bemühen, auf die vorstehende Art wieder aus Lohn und Brot herausgebracht! Und so etwas zeteret über den Terrorismus der Gewerkschaften!

Die christlichen Gewerkschaften mögen froh sein, daß sie das Leben haben. So sagt eine ultramontane Wochenchrift, die „Kölnische Korrespondenz“, die die Richtung Roeren-Oppersdorf vertritt. Der Gewerkschaftssekretär der Zentrums-Gewerkschaften, Herr Adam Stegerwald, hat sich kürzlich in Köln in einer Rede über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur katholischen Glaubens- und Sittenlehre geäußert. Auf die Ausführungen Siegenwalds schreibt die „Köln. Korr.“:

„Die kirchliche Autorität hat die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften als solche nicht verworfen, und in informierten katholischen Kreisen weiß man auch warum. Aber die christlichen Gewerkschaften sollten sich hüten, daraus eine prinzipielle Billigung des interkonfessionellen Standpunktes herzuleiten. Sie sollten sich überhaupt mit der praktischen Arbeit begnügen und das Philosophieren lassen. Besonders sollte Adam Stegerwald bei seinen Reden bleiben und nicht versuchen, eine Position theoretisch zu verteidigen, die nicht haltbar ist! Warum nehmen sich die christlichen Gewerkschaften kein Beispiel an den Bachemiten auf dem Gebiete des Zentrumsstreits? Die Bachemiten wissen, daß ihre Idee eines Reformzentrums zusammenbricht, sobald man sie näher betrachtet. Darum lassen sie sich auf prinzipielle Erörterungen wohlweislich nicht ein. Wir raten den Gewerkschaftlern der M.-Gladbacher Schule, es ebenso zu machen. Sie mögen froh sein, daß sie das Leben haben!“

Das ist deutlich! Die christlichen Gewerkschaften werden nur gebildet, weil man sie gegen die moderne Arbeiterbewegung gebraucht, zu deren Abwehr sie ausgesprochenemachen von den Zentrumsführern (Bachem, Trimbörn, Pieper, Giesbertz usw.) geschaffen worden sind. „Sie mögen froh sein, daß sie das Leben haben!“ Eine solche Sprache redet die „Köln. Korr.“ nicht von ungefähr. Sie weiß, daß die Kirche hinter ihr steht. Sie weiß, daß die Zentrums-Gewerkschaften nur von Roms Gnaden existieren. Und die Herren Brust, Stegerwald usw. wissen das auch. Materialismus und Zentrumsinteresse haben ihnen stets höher gestanden als die Sache des arbeitenden Volkes; und wenn die christlichen Gewerkschaftsführer jetzt im Ruhrgebiet wieder einmal Klugheit und Selbsterhaltungstrieb außer acht lassend, die Arbeitersache verraten, so zeigt das, wie sehr sie von anderen Mächten abhängig sind.

Ueber Gewerkschaften und Sozialdemokratie faheln christliche Gewerkschaftsblätter allerhand dummes Zeug. Da können sie sich mal ins Gedächtnis schreiben, was die „Kölnische Volkszeitung“, das größte Zentrumsblatt, dazu bemerkt, es schrieb:

„Wenn von katholischer Seite der Sozialdemokratie durch Vorwurf gemacht wird, sie mißbrauche die Gewerkschaften für ihre Parteizwecke, so verstehen wir diesen Vorwurf nicht recht. Es ist ganz naturgemäß, daß der Ein-

Ein Register der Schande.

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier sind Hunderttausende, die im tiefen, dunklen Schacht für kurzen Lohn und niederträchtige Behandlung ihres Lebens Freude opfern müssen, zum Licht emporgestiegen, zu kämpfen um ihre und ihrer Lieben Wohlfahrt. Sie wollen ihren Lohn, der ihnen von den nimmersatten Grubenkapitalisten nach und nach gekürzt ist, wieder auf den alten Stand bringen, sie wollen, wie das auch in andern Berufen nötig, die furchtbare Steigerung der Warenpreise, der Mieten usw., durch eine Lohnsteigerung ausgleichen. Die unermesslich reichen Grubenmagnaten, die das Publikum nach Willkür schröpfen, die sich als Herren und Gebieter nicht nur der Arbeitssklaven, sondern des ganzen Volkes fühlen, wollen sich nicht zur Verständigung herbeilassen. Wer Knecht ist, soll nur Knecht bleiben, er soll auch nicht wagen, von den Gütern, die er schafft, mehr zu verlangen, als ihm der „Herr“ gewährt. Auf diesen Grundsatzen ist unsere „heilige, segensreiche Ordnung“ eingestuft. Wir verstehen, wenn deshalb nach Sklavenhaltermanier die Vertreter der Satten, die Puttkamer, Rogalla von Bieberstein und Konjorten der Arbeiterbewegung mit Pulver und Blei gegenüberstehen. Die ultima ratio, Pistole, Säbel und Maschinengewehr, sollten deren Kulturinstrumente bleiben, dachten wir; es ist anders gekommen. Ein Register der Schande, der tiefsten Schmach haben wir anlässlich des Bergarbeiterstreiks aufzustellen:

Christliche Arbeiterführer haben sich mit den Scharfmachern, mit der Reaktion verbündet, die die Arbeiterbewegung in Blut erstickten möchte!

Christliche Arbeiterführer, die zwar die Forderungen der Bergarbeiter als berechtigt anerkennen müssen, halten ihre Mitglieder vom Kampf zurück!

Christliche Führer buhlen um die Gunst der Scharfmacher und der Regierung!

Christliche Führer bilden mit Grubenmagnaten, Polizei, Gendarmen, Kavallerie und Infanterie einen heiligen Bund gegen streikende Bergarbeiter!

Christliche Führer bitten um Militär und Polizei gegen ihre eigenen Mitglieder, die zum großen Teil mitstreikten!

Christliche Führer schwindeln von einem ungeheuren Terrorismus der Streikenden, obgleich die Unternehmerblätter konstatieren, dass alles ruhig ist und bürgerliche Kreise gegen das provozierende Vorgehen der Polizei protestieren!

Christliche Führer haben die Arbeitswilligen aufgefordert, bewaffnet zur Arbeit zu gehen!

Christliche Führer haben die Arbeitswilligen aufgefordert, sich besonders fester Stenostücke mit Ringen gegen die Streikenden zu bedienen.

Christliche Führer haben die Arbeitswilligen aufgefordert: Wenn auch ein Streikender ansteht, schießt nur drauf los!

Christliche Führer haben die Arbeitswilligen berart fanatisiert, daß sie Frauen und Kinder der Streikenden mit dem Revolver bedroht haben!

Christliche Führer haben aufgefordert, den Judaslohn, den die Fischen an die Arbeitswilligen zahlen wollen, anzunehmen; wer ihn selber nicht möge, solle ihn in die christliche Verbandskasse zahlen!

Christliche Führer haben kein Bedenken, vom Stimmes, dem Kohlenkönig, hundert Taler geschenkt zu nehmen!

Christliche Führer bemühen sich, den Kampf zu schädigen, indem sie der Wahrheit zuwider behaupten, er sei von Anarchosozialisten angezettelt!

Christliche Führer versuchen durch ihre Verleumdungstaktik den Erfolg der Bergarbeiter zu vereiteln!

Christliche Führer beschmutzen ihre Glaubensgenossen vom polnischen Bergarbeiterverband in derselben Weise wie die Freigewerkschaftlichen!

Christliche Führer schwindeln, um den Erfolg der Streikenden zu verhindern, daß der Streik politische Ursachen hat!

Christliche Blätter bringen den Streik der Bergarbeiter mit dem Attentat auf den italienischen König in Verbindung, um die Erregung zu steigern!

Christliche Führer und ihre Verbündeten, Zentrums- presse, Scharfmacher, Puttkamer und seine Maschinengewehre, werden die Arbeiterbewegung jetzt nicht und nimmermehr erstickten. Aber die christlichen Führer haben den letzten Fischen Scham, mit dem sie ihre traurige Rolle in der Arbeiterbewegung noch zu dekorieren vermochten, zer- rissen; sie haben durch ihr Verhalten bewiesen, daß ihnen die Sache der Arbeiter den Teufel scheert, wenn sie nicht dabei, ihrem stillen Programm gemäß, die Interessen der Besthenden wahren können. Eine Gesellschaft, die ihre Führung dazu ausnutzt, kämpfende Arbeiter ans Messer der blutigsten Reaktion zu liefern, ist nur noch wert, anges- punden zu werden. Hätten diese Führer überhaupt Arbeit- terinteressen berufen fühlen, sie würden es nicht fertig bringen, Arm in Arm mit Puttkamer und Konjorten nach Maschinengewehren gegen kämpfende Arbeiter zu rufen. Daß ihnen ihre grenzenlos traurige Haltung, die Brüder- lichkeit mit der Gewaltvollkeit eines bedrohten Besitzes, so leicht wird, daß sie sich in der Rolle so wohl fühlen, zeigt, daß sie nur Verräter an der Arbeiterklasse sind. Ja, ja, man wandelt bergab, wenn man sich mit Haut und Haar den Funken, Scharfmachern und Heiligen verschreibt. Die Frucht der Bösen Tat ernten wir!

Christlicher Arbeiterbetrug in Permanenz.

Ueber unsere Haltung gelegentlich der Aussperrung der christlich organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein werden neuerdings die größten Schwindelarten in die Welt gesetzt. Behauptet wird, wir hätten den Lehnt, uns solidarisch zu erklären. In Nr. 4 der „christlichen“ Tabakarbeiterzeitung, also mit Wissen der Leitung des „christlichen“ Verbandes sogar wird die Schwindelnotiz gebracht, wir hätten die hohnvollsten Bedingungen gestellt, bevor wir gemeinsame Sache machen wollten. Auf Grund dieser fortgesetzten Verleumdungen, die nur zu dem Zwecke geschähen, die Mitglieder vom ungünstigen Verlauf der Aussperrung abzulenken und noch weiter zu fanatisieren gegen ihre Arbeitsbrüder, sind wir gezwungen, die damalige Situation kurz wahrheitsgemäß zu schildern.

Bei der Firma Kattan in Kaldenkirchen war es zum Streit gekommen. Die Folge war die Aussperrung der „christlich“ organisierten Tabakarbeiter von Kaldenkirchen. Bis herüber hatten wir mit der Sache nichts zu tun, weil von den in Betracht kommenden Firmen von unsern Mitgliedern keine beschäftigt wurden. Trotzdem haben wir fortgesetzt in unserm Verbandsorgan und in Versammlungen unsere Mitglieder gewarnt, in Kaldenkirchen Arbeit anzunehmen. Nach dem nun die Kaldenkirchener Fabrikanten an den Niederrheinischen Fabrikantenverband herantreten zwecks Unterstützung und dieser am 16. Juli beschloß, die Aussperrung auszu- weiden, in dem die Kündigung am 22. Juli ausgesprochen werden solle, war für uns die Zeit gekommen, einzugreifen im Interesse aller Tabakarbeiter am Niederrhein.

Sofort wurde für den 26. Juli eine Konferenz sämtlicher Vertrauensleute anberaumt, um die Situation zu beraten und Stellung zu nehmen. Erst am 21. Juli bekam unterzeichnete Gauleitung eine Weisung über die angeordnete Aussperrung von Seiten der Leitung des „christlichen“ Verbandes zugesandt mit folgendem Begleitschreiben:

Düsseldorf, den 20. Juli 1911.
An die Gauleitung des 6. Gau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes
J. H. des Herrn Ludwig Klein, Köln am Rhein!
Wir überlassen Ihnen hiermit eine Abschrift des uns vom Niederrheinischen Fabrikantenverband übermittelten Beschlusses. Eine gestern abend in Kaldenkirchen abgehaltene Versammlung der Streikenden hat einstimmig beschlossen, die Erklärung nicht abzugeben. Eine diesbezügliche Antwort ist dem 2. B. auch zugesandt worden.
Wir bringen Ihnen diese Tatsachen zur Kenntnis und geben Ihnen anheim, Ihre Schritte danach einzurichten.
Hochachtungsvoll
J. A. Frz. E. Ködtach.

Nach dieser Mitteilung konnte kein vernünftiger Ge- werkschafter uns zumuten, daß wir ohne vorherige Verständigung mit der Leitung des „christlichen“ Verbandes unsern Mitgliedern empfehlen konnten, eben- falls am 22. oder 23. Juli die Kündigung einzurufen, nachdem die Kündigung am 22. für die „christlich“ Dr- ganisierten erfolgt war. Wir hatten alle Ursache, so zu handeln, besonders deshalb, weil wir bei früheren Vor- kommen mit der Leitung des „christlichen“ Verbandes leider sehr oft irrlie Erfahrungen in bezug auf Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit gemacht haben!

Deshalb wurde am 24. Juli folgendes Schreiben an den Vorstand des „christlichen“ Verbandes gerichtet:
An den Vorstand des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarren- arbeiter Deutschlands.

Düsseldorf.
Bestätige den Empfang der beiden Schreiben vom 21. d. M. bez. Aussperrung. Aus dem Begleitschreiben geht nicht hervor, daß von unserer Seite eine Unterstützung gewünscht wird!
Wir haben aber ein großes Interesse an dem Vor- gang und wünschen eine definitive Auskunft in diesem Punkte.
Eine am Mittwoch, den 26. Juli, 3 Uhr, anbe- raumte Konferenz unserer Vertrauensmänner vom Niederrhein wird sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigen. Deshalb erlaube ich bis dahin um genaue Auskunft, damit gegenseitige Verständigung schneller er- möglicht wird.
Hochachtungsvoll
Ludw. Klein.

Aus diesem Schreiben geht deutlich hervor, daß wir den Ernst der Situation erfasst hatten und sehr leicht ein gemeinsames Vorgehen im Interesse der gesamten Tabakarbeiter am Nieder- rhein wünschten.

Wenn ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht werden soll, muß selbstredend eine gegenseitige Verständigung vorausgehen. Das war der Zweck des Briefes. Wir fragen hier jeden ehrlich denkenden Men- schen: Wo sind die hohnvollsten Bedingungen, die wir gestellt haben sollen, oder haben wir abgelehnt, gemeinsame Sache zu machen?

Wir waren nicht wenig erstaunt, als wir am 26. Juli folgende Antwort erhielten:

An die Gauleitung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes
Köln a. Rhein.
Den Einschreibebrief haben wir erhalten und teilen wir Ihnen hierauf folgendes mit: Da Sie durch unser Verbandsorgan und Ihre persönlichen Beobachtungen am Niederrhein von der Sach- lage daselbst genau unterrichtet sind, müssen wir es Ihnen als selbst- ständige Arbeiterorganisation überlassen, welche Schritte Sie in der Angelegenheit unternehmen wollen. Wir glauben aber wenig- stens von Ihnen verlangen zu dürfen, daß Sie in den Betrieben, wo Mitglieder von uns gekündigt wurden, Ihre Mitglieder nicht, um Arbeit nachfragen und solche ausnehmen lassen, wie es bereits geschehen ist.
Hochachtungsvoll
J. A. Frz. E. Sammann.

Zunächst weisen wir ganz entschieden den Vortourf zurück, als ob unsere Mitglieder Arbeiten aufgenommen hätten, nachdem die Kündigungen erfolgt waren. Wir stellen fest, daß dies die bewusste Unwahrheit, also Verleumdung, ist. Auch ist nicht richtig, daß wir durch das „christliche“ Verbandsorgan von der Sachlage genau unterrichtet waren! Wir mußten erst an Ort und Stelle Erkundigungen einziehen! Das Verbandsorgan hat kein Wort gebracht, daß auch Lohnforderungen bei den übrigen Firmen gestellt waren.

Kurz gesagt: man überließ „großmütig“ uns, was wir in der Sache machen wollten; man hatte nur den einen oben angegebenen Wunsch. Dieses Schreiben beweist, daß man ein gemeinsames Vorgehen von Seiten der Leitung des „christlichen“ Verbandes nicht haben wollte, sonst hätte man eine Aussprache herbeiführen müssen.

Nun beschäftigte sich unsere Vertrauensmänner-Kon- ferenz mit der Sache und der damals veröffentlichte Be- richt lautet:

Aus dem Situationsbericht des Gauleiters ging hervor, daß dieser sich mit einem Schreiben an den Zentralvorstand des chris- tlichen Tabakarbeiterverbandes mit dem Ersuchen gewandt habe, doch zu erklären, ob man die Solidarität der Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, also eine gemeinsame Abwehrbewegung wünsche. Diese präzise Frage sei leider ausweichend be- antwortet, im übrigen nur der Wunsch ausgesprochen worden, dafür sorgen zu wollen, daß in den von der Aussperrung betroffenen Betrieben keine Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes um Arbeit nachfragen oder in Arbeit treten möchten.

Allseitig wurde ausgeführt und auch einstim- mig beschlossen, daß diese gewünschte Haltung streng beobachtet und durchgeführt werden müsse. Allen Vertrauensmännern wurde die Pflicht auf- erlegt, für die Durchführung dieser geforderten Maßnahmen zu wirken.

Außerdem wurde ebenso einstimmig, und zwar nach den Vorschlägen der anwesenden Ver- treter des Zentralvorstandes des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, beschlossen, nach Ab- lauf der zu beachtenden Kündigungsfrist in den Sympathiestreit zu treten, sofern der Zen- tralvorstand des christlichen Tabakarbeiter-Ver- bandes diese Aufforderung an uns richte und die Gewißheit bestehe, daß die Aussperrung wirklich perfekt werde. Der Beschluß, unter vorstehenden Voraus- setzungen in den Sympathiestreit zu treten, soll Geltung haben, wenn zwei Drittel der in Frage kommenden Mitglieder des Deut- schen Tabakarbeiter-Verbandes in der Abstimmung sich für den Sympathiestreit erklären. Die Abstimmung des Arbeitsverhält- nisses erfolgt jedoch nur auf Anweisung des Zentralvorstandes. Die weiteren zur gemeinsamen Abwehrbewegung erforderlichen Maßnahmen sind festzusetzen durch Vertreter der beiden Verbände.

Könnte eine Organisation, ehe die Kündigung abgelaufen, ehrlicher und aufrichtiger handeln? Wenn wir weiter nichts beschlossen hät- ten, als die gewünschte Haltung einzuneh- men, so hätte man schon kein Recht, uns Vorwürfe zu machen! Wie durch unsere Beschlüsse deutlich genug bewiesen wird, sind wir weit über die gewünschte Haltung hinausgegan- gen. Es hat nur an der Leitung der „chris- tlichen“ Organisation gelegen, mit uns in Verbindung zu treten. Man hat das aber nicht gewollt, weil man die Direktive hat, uns stets zu bekämpfen mit allen unchristlichen Mitteln.

Auch bildete man sich gewiß ein, die Firmen würden, weil man so brav und artig „christlich“ organisiert sei, die Drohung der Aussperrung nicht wahr machen. Als es aber anders gekommen, war es da nicht Pflicht der Leitung des „christlichen“ Ver- bandes, an uns heranzutreten, nachdem unsere Beschlüsse längst veröffentlicht waren? Aber man hat gewiß in Düsseldorf in der Nachenerstraße gedacht, durch die Veröffentlichung unserer Beschlüsse würden schon die Firmen sich ohne weiteres einschüchtern lassen und bewilligen.

Hätte auf unser Schreiben vom 24. Juli der „christliche“ Verbandsvor- stand nicht antworten müssen, wenn ihm an der Eingung der Arbeiterschaft, ihre wirtschaftlichen Interessen besser wahrnehmen zu können, etwas gelegen hätte: Jawohl, wir sind bereit, mit euch die notwendigen Maßnahmen zu besprechen? Dem christlichen Verbands- vorstand muß doch bekannt gewesen sein, daß wir in fünf Orten des Niederrheins in starker Majorität uns befan- den, so daß eine Aussperrung einer Richtung gegenüber sehr verhängnisvoll werden konnte.

Als nun die Aussperrung perfekt und einige Firmen unsere Mitglieder an andere Arbeiten sehen wollten, welche bisher „christlich“ Organisierte gemacht hatten, haben wir weitere Solidarität geübt, indem wir durch Rundschreiben unsere Mitglieder erjuchten, solche Ar- beiten unter allen Umständen zu verweigern! Die Folge war, daß eine größere Anzahl un- serer Mitglieder die Kündigung beka- men, oder aber sofort selbst kündigten.

Ebenfalls waren am 29., 30. und 31. Juli außer- ordentliche Mitgliederversammlungen anberaumt am Niederrhein, um zur event. Aussperrung Stellung zu nehmen. Einstimmig stellte man sich auf den Standpunkt der Beschlüsse der Hoher Konferenz.

Angesichts dieser Stellungnahme wagt man noch, mit Steinen nach uns zu werfen!

Es gehört ein ganz niedriger Charakter voller Falsch- heit und Lüge dazu, noch zu schreiben, wir hätten die hohnvollsten Bedingungen gestellt! Wir haben die Briefe veröffentlicht, damit die Rol- len am Niederrhein, auch die „christlich“ organisierten, selbst prüfen können, auf

welcher Seite ihre Interessen wahrge-
nommen wurden!

Es ist doch allgemein bekannt, daß die Fabrikanten
stets mit der Aussperrung drohen, wenn die Kollegen
irgendwo in einer Lohnbewegung standen, auch wenn, wie
in Kaldenkirchen, die bescheidensten Forderungen gestellt
werden. Wäre es da nicht möglich gewesen,
durch ein gemeinsames Vorgehen, da über
80 Prozent aller Zigarrenarbeiter am
Niederrhein organisiert sind, diesen
steten Drohungen einen Dämpfer aufzu-
setzen? Oder: da in allen Orten noch Miß-
stände hinsichtlich der Lohn- und Arbeits-
verhältnisse bestehen, diese zu beseitigen?
Daß letzteres der Fall, beweisen die eingereichten
Lohnforderungen der „Christlichen“, die aber leider
wieder schmachlich zurückgezogen wurden.

Daß es so kommen mußte, war vorauszusehen, da
halsen auch die Generalsekretäre Giesbertz, Kurtscheid
und Stegerwald nicht mehr. Den „Erfolg“ werden die
Kollegen in den einzelnen Orten am besten selbst erfahren
haben! So in Kaldenkirchen und besonders in Rees, wo
heute noch 26 Kollegen gemahregelt sind.

Könnte das nicht alles vermieden
werden, wenn man unsere bargebotene
Bruderhand angenommen hätte? Hätte
unsere Gewerkschaftsrichtung mit ihren
2 1/2 Millionen Mitgliedern keinen Ein-
fluß ausgeübt auf den Wohlstand der Waren?
Daß es anders gekommen ist, trifft nur allein die Leitung
der Zentrums-Gewerkschaft.

Nun mögen die Tabakarbeiter prüfen, wo ihre auf-
richtigen Freunde stehen, ob in einer Organisation, deren
Leitung so faktisch unklug handelt, wie die der christlichen
Tabakarbeiter, die statt der Einigung stets die Zersplitte-
rung der Arbeitererschaft systematisch betreibt, oder dort,
wo stets auf das Gegenteil hingearbeitet wird!

Wollen die Kollegen und Kolleginnen solche unlieb-
samen Vorkommnisse vermeiden und wirklich mitarbeiten
an der Aufbesserung unserer Lage, dann kann es nur ge-
schehen in einer einheitlichen Organisation, genau wie die
Fabrikanten diese haben. Durch das Bestehen der Zent-
rumsgewerkschaften ist schon manche Lohnbewegung
illusorisch gemacht worden, welche sicherlich zugunsten der
Arbeiter ausgefallen wäre! Wir erinnern an Orsoy in
unserem Beruf und an die gegenwärtige Bewegung im
Bergbau, wo von oben den „christlichen“ Mitgliedern be-
fohlen wurde, weiterzuarbeiten, trotzdem ihre Arbeits-
brüder im offenen Lohnkampf stehen.

Hoffentlich wird dieser Artikel auch die „christlich“
Organisierten zum Denken und Prüfen veranlassen, was
in nächster Zeit geschehen soll! Wir gehen großen Kämpfen
entgegen, deshalb muß Einheitlichkeit geschaffen werden!
Wer daran nicht mülhigt, schädigt das gemeinsame Be-
rufsinteresse!

Anmeldungen zum Verbands nehmen alle Bevoll-
mächtigten und unterzeichnete Gauleitung entgegen.

Ludwig Klein, Köln, Heinrichstr. 10, II.

Christliche Solidaritätsblüten.

Damals, vor der Aussperrung, hatten wir Diffe-
renzen in Bonn mit der Firma Linden! Dieselbe hatte
einen Lohnabzug vorgenommen und einige Mitglieder
gemahregelt.

Der Zentralvorstand des christlichen
Verbandes duldete es, trotzdem derselbe
durch unsere Gauleitung schriftlich infor-
miert war, daß seine Mitglieder die Stel-
len der Gemahregelten einnehmen und
die Arbeit 2,00 M pro Woche billiger
machen.

Bei der Firma Berg in Geldern sollte ein Kollege
von uns eine Arbeit für 12 M machen, für die es früher
13 M gegeben hatte. Die Fabrikversammlung beschloß
einstimmig (es kamen 5 „Christliche“, 5 von unserm Ver-
bande und 3 Unorganisierte in Betracht), der Kollege
sollte andern Tags vorstellig werden und erklären, die
Arbeit nicht unter 13 M machen zu können. Die Folge
war die Kündigung! Nun wurde eine weitere gemeinsame
Sitzung arrangiert; wer fehlte, war die „christliche“ Orts-
verwaltung und ihr Vertreter der Zentrale. Nachdem die
Kündigung erfolgt, hatte die Sache doch ein all-
gemeines Interesse bekommen, und des-
halb war ein gemeinsames Handeln von
nöten.

Aber der christliche Zentralvorstand
hatte der Ortsverwaltung mitgeteilt,
sie hätten in der Sache nichts zu tun, weil
nur von uns Mitglieder bei dem Lohnab-
zug in Betracht kämen, ergo wir erst vor-
stellig werden müßten. Auch diese Mei-
nung blieb bestehen in einer später abge-
raumten Sitzung bei den Leitern der
„christlichen“ Organisation. Die Diffe-
renzen wurden zu unserm Gunsten erle-
digt, ohne Mithilfe der Christlichen, am
Tage vor dem Ablauf der Kündigungs-
frist. Wir fragen: Hat hier die „christliche“
Organisation korrekt gehandelt? Man war
getroß bange, der Tanz könnte wieder losgehen, und das
wäre ihnen, wie immer, unangenehm gewesen, trotz aller
Aufschnaiderei.

Zur Generalversammlung.

Die schon längst herbeigesehnte, dringend notwendige Ver-
sammlung der beiden Bundesverbände der Tabakarbeiterchaft soll

ihren Vollzug in der nächsten Generalversammlung finden. Die
Vorbereitungen sind geschäftig. Der Entwurf des vorgelegten ge-
meinschaftlichen Statuts gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß auch in
dieser Beziehung alles geschehen ist, der Verschmelzung die Wege
zu ebnen. Auf die dringende Notwendigkeit dieser Verschmelzung
will ich nicht eingehen, denn diese wird ja jedem Kollegen, jeder
Kollegin verständlich und klar sein. Auch mit dem vorliegenden
Statutenentwurf will ich mich nicht befassen, in der früheren An-
nahme, daß die Generalversammlung auch hier geschäftig arbeiten
wird. Ich bin der Ansicht, daß wir an keinen Unterzugsfragen,
den großen Grundgedanken, unsere Schlagkraft zu erhöhen, nicht
schelten lassen dürfen. Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen,
sind in der Hauptsache zwei Punkte, die wichtig für unsere Zukunft
sind. Der eine von ihnen, unsere Lohnkämpfe, steht ja mit
auf der Tagesordnung der gemeinsamen Gewerkschaften,
während der andere, unsere Agitation, wohl auch Beachtung
finden muß, aber als besonderer Punkt nicht vorgesehen ist. Ich
will den Punkt „Agitation“ zuerst behandeln, da zur Führung von
Lohnkämpfen erst Agitation für die Organisation notwendig ist!

Wohl keine Arbeiterchaft hat in agitatorischer und organisatorischer
Hinsicht mit so viel Schwierigkeiten und Hindernissen zu
kämpfen als die Tabakarbeiterchaft. Wir haben einen Boden zu
bedecken, welcher mit tiefemwurzeltem Unkraut dicht bewachsen
ist. Wir haben vielfach eine lässliche Bewässerung anzuführen,
die immer noch glaubt, einer kleibehaftenden Bauernklasse an-
zupassen. Meistens sind sie aber nur noch dem Namen nach Arbeiter.
Viele, die noch vor Jahren ihre kleine Bauernwirtschaft auf eigenem
Grund neben der Herstellung von Zigarren betrieben, sind heute
um ihren Besitz gekommen, sie arbeiten auf fremden, ihnen nicht
mehr gehörenden Böden, für den sie einen derartig hohen Pachtzins
bezahlen müssen, daß ihre Wirtschaft zur Unrentabilität verdammt
ist. Diese Leute fühlen wohl, daß ein schwerer wirtschaftlicher
Druck auf ihnen lastet; aber sie wissen keine Ursache nicht, sie
sind von einem wirtschaftlichen Uberglauben befangen. Unsere
Agitation wird trotz all unserer Bemühungen nicht die wünschens-
wertesten Erfolge haben, so lange dieser wirtschaftliche Uberglauben
nicht beseitigt ist.

Diese von zwei Seiten wirtschaftlich ausgehenden Tabakar-
beitermassen führen wohl einen Kampf zur Besserung ihrer Lage,
aber auf der falschen Seite, sie wehren sich mit aller Macht
gegen ihre immermehr sich vollziehende Proletarisierung und kämp-
fen nur für ihren Scheinbesitz. Sie glauben den Kampf um ihren
Besitz mit der kapitalistischen Entwicklung aufnehmen zu können.
In dieser Beziehung muß Aufklärung geschaffen und gesagt werden,
daß der Kampf für die proletarischen Interessen dieser Leute der
für sie nutzbringende sein wird. Ihnen muß bewiesen werden,
wie auch die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kapitals (Grund
und Boden) zur Zentralisation in einzelne Hände vor sich geht. Von
ihren Ausbeutern in ihrem Land als Tabakarbeiter und von ihren
Ausbeutern, zu welchen sie als Besitzer oder Pächter im Zins-
verhältnis stehen, wird ihnen vorzemaht, daß die teuren Lebens-
mittelpreise und die hohen Pachtzinsen eine Folge hoher Arbeits-
löhne seien. Diesen um ihre Existenz ringenden demütigt sich
insbesonderen ein gewisser Widerwille gegen die Erhebung der
Löhne, der jeden Widerstand auch auf sie als Tabakarbeiter findet;
sie fürchten deshalb nämlich für die Existenz ihres kleinen Besitzes.
Sie sehen in ihrem Freund den Feind und unterstützen ihren Feind
gegen ihren Freund. Wirtschaftswissenschaftliche Aufklärung ist daher für
uns Tabakarbeiter das Hauptmittel zum organisatorischen Erfolg.
An der Hand von Zahlen und Beispielen muß diesen in einer wirt-
schaftlichen Smittstellung Feststellungen erklärt werden, wie durch
eine einheitliche Marxpolitik die Lebens- und Lebensartikel ver-
teuert werden, wie dadurch weiter der Pachtzins usw. in die Höhe
getrieben wird, und wie nicht die Arbeiterbewegung oder die Sozial-
demokratie, sondern die herrschende, beherrschende Klasse mit ihrem
Wirtschaftssystem ihr Elend verschuldet. Wir dürfen uns nicht da-
von zurückziehen lassen, daß wir Gewerkschaft und Partei, wirt-
schaftliche und politische Momente bei der Agitation beschmelzen
müssen, sondern wir müssen unsere Aufklärungsarbeit, unsere Taktik,
noch den bestehenden Verhältnissen gestalten; wir werden es nicht
zu bereuen haben.

Unter Gleichzeitigkeit hat sich gut bewährt. Ich richte aber
an alle Kollegen und Kolleginnen in allen Gegenden, wo noch eine
ungehorene Aufklärungsarbeit zu verrichten ist, die Aufforderung,
nicht zu denken, daß sie jetzt, weil eine Gauleitung vorhanden ist, sich
selbst auf das Darsitzen legen können, sondern die Gauleiter tat-
kräftig zu unterstützen! Jeder, der Agitation betreibt, soll aber auch
diese Rollen nicht aus der Hand legen, ohne über das hier Gesagte
nachgedacht zu haben. Werden diese Anregungen beachtet, wer-
den wir noch besser als bisher vorwärtskommen, einer besseren Zu-
kunft entgegengehen.

II.

Unsere Lohnkämpfe sind unsere Zukunft! Dies wird man
wohl mit Recht behaupten können. Der für uns siegreiche Kampf
in Westfalen hat uns belehrt, daß auch die Lohnkämpfe der Tabakar-
arbeiter für den Kampf in anderer Arbeiter an Bedeutung gewährt
haben. Die Zeit der Einzelkämpfe in den Bezirken, wo wir mit
einem organisierten Unternehmertum zu kämpfen haben, dürfte bald
vorüber sein. Die Industrien der Westfälischen haben in West-
falen denklieh gezeigt, daß sie selbst unsere Lohnkämpfe in andere
Bahnen lenken. Es sind ja schon nach Beendigung des Kampfes
jeine Lehren in vier Artikeln erläutert worden. Was mich auch
hier veranlaßt, ein paar Worte zu äußern, ist nicht, das schon Ge-
sagte zu wiederholen. Die Generalversammlung wird wohl mit
diesem Punkt aus Gründen des wirtschaftlichen Existenzinteresses
sich auf das Besondere befassen müssen. Die Grundlage der Debatte
sichtet nach meiner Ansicht die Taktik des westfälischen Unternehmertums.
Ich habe von jeder auf dem Standpunkte gestanden, daß
auf einen großen Klotz ein noch größerer Keil gehört. Ich bin auch
in dieser Frage der gleichen Meinung, und zwar in dem Sinne,
daß wir bei unseren folgenden Lohnkämpfen
überall da, wo wir Forderungen an organisierte
Unternehmer einreichen, der westfälischen Taktik
der Unternehmer die gleiche entgegenstellen. Ich
will damit sagen, daß wir, da uns doch die Fabrikanten dazu zwin-
gen, von vornherein den Kleinrieg anzugehen, d. h. keine Forderun-
gen an einzelne Unternehmer stellen, sondern an ihre Organi-
sationsleitung des jeweiligen Bezirks. Das ist meiner Ansicht nach
die einzige Konsequenz, welche wir der Aussperrungsmaß entgegen-
stellen können. Man könnte mir ja sagen, das sei Draufgeger-
politik, welche uns ruinieren müsse. Ich werde aber zu beweisen
bestreben, daß sie es nicht ist. Die große Aussperrung in Westfalen
erfolgte, weil die Arbeiter bei einiger Fabrikanten des R. E. V.
bestehende Lohnforderungen gestellt hatten. Die Organisation der
Fabrikanten erklärte sich mit den Firmen, bei denen diese Lohn-
forderungen gestellt waren, solidarisch und beschloß, wenn
diese Forderungen nicht zurückgezogen würden, sämtliche organisierte
Zusatzarbeiter ihres Bezirks auszusperrn, was ja geschehen ist. Nun
hat ein Teil der Kämpfenden, die ursprünglich Streitenden, nur
Schwierigkeiten erhalten, während der übergroße Teil aus Soli-
darität mitkam.

Gerade dadurch, daß der Streik der großen Masse ein Soli-
daritätsstreik, eine Solidaritätsaussperrung war, bin ich zu meiner
jetzigen Überzeugung gekommen, indem ich mir sage: was die Fab-
rikanten einmal durchgeführt haben, werden sie das nächste Mal
wieder und zwar noch viel schärfer an. Bei den bestehenden For-
derungen wird eine Massenaussperrung ihnen den Krallen fallen.
Folglich wir bei unserer alten Taktik verharren, so wäre es immer
die große Masse, die durch die Aussperrungsmaß der Fabrikanten
ausgehängt werden soll, die aber dadurch selbst wirtschaftlich keinen
Schritt weiter kommen würde. Die Kämpfe werden in erhöhter
gesteigert werden müssen, aber der Kampfzweck, das Solidaritäts-
gefühl, das Vertrauen zur Organisation wird erhalten, weil alle
überzeugt sind, daß es sich um eine direkte Forderung der bestreikten
Wirtschaftlichen Lage handelt. Wenn wir uns momentan auch noch
dieser Taktik verschließen wollten, so als zu gewagt betrachteten

würden, so würde uns der nächste Kampf — und wir sind uns doch
bewußt, daß Kämpfe nicht ausbleiben können — gar bald eines
besseren belehren. Und in anderer Beziehung wird uns diese von
den Fabrikanten aufgezwungene Taktik Vorteile verschaffen. Die
Lohnverhältnisse werden einheitlicher gestaltet werden. Die faulen
Ausreden von der Konkurrenz können nicht mehr so viel vorge-
schoben werden, weil dann alle Lohnhöhungen die Fabrikanten
gemeinsam betreffen. Wo wenn man es von Seiten der Fabrik-
anten nicht anders will, gut, gehen wir aufs Ganze! Wir haben
nichts zu verlieren als unsern Gehalt — zu gewinnen alles.

Wir haben ja zur Führung unserer Lohnkämpfe noch eine
andere Waffe, welche aber von der Kollegenchaft noch nicht in
dem Maße angewendet wird, wie sie es verdient. Es ist dieses
unsere Agitationsbewegung für unsere tarif-
freien Zigarren. Diese Bewegung scheint etwas einzus-
chlafen. Wohl ist vom Vorstand eine Liste der tariffreien Firmen
herausgegeben, aber in den Reihen der Kollegen selbst, die zum
großen Teil diese Waffe noch unterschätzen, wird zu wenig getan.
Es sind viele der Meinung, daß es genügt, wenn Gewerkschafts-
kongresse, Genossenschaftstage usw. diese Forderung an das Soli-
daritätsgefühl der organisierten Arbeiter, nur tariffreie Zigarren zu
rauchen, anerkennen. Diese Beschlässe aber genügen allein nicht;
wir, die Tabakarbeiter selbst, müssen ihnen in der Praxis Nachdruck
verleihen. Wir selbst müssen es sein, die die organisierte Arbeiter-
schaft immer und immer wieder an ihr Solidaritätsgefühl erinnern
und Propaganda machen. Von Mund zu Mund, in Kartell- und
Partei-versammlungen. Um wir dieses, so wird der Spott unserer
Schwarzmaier bald verstummen und die Herren werden ihr blaues
Wunder erleben müssen.

Man ist in dieser Agitation meiner Ansicht nach überhaupt
etwas zu engherzig. Den Gauleitungen diese kolossale Arbeit auf-
zuhängen, diese Raubbau mit ihrer Arbeitskraft betreiben, oder die
anderen Arbeiter des Gewerkschafts darüber zu lassen. Hier werden
wir, soll diese Bewegung den gewünschten Erfolg zeitigen, und dazu
benutzen müssen, in jedem Gau die seltene Kollegenchaft mit heran-
zuführen. Wir müssen Gauleitungen gründen, welche sich nur
mit dieser Agitation zu befassen haben. Dadurch erfolgt eine regel-
mäßige Beauftragung, und die Früchte dieser werden nicht aus-
bleiben. Wenn man Waffen besitzt, und diese es ist, wenn sie richtig
angewendet wird, eine sehr scharfe Waffe, soll man sie auch zur
richtigen Zeit und recht oft intensiv gebrauchen, sonst wird sie wert-
los. Die Generalversammlung wird nicht umhin können, dahin
zu wirken, daß auch hier eine regelmäßige Tätigkeit entfaltet wird.

Nun noch kurz zu einer anderen Frage. Die Nr. 3 des Tabakar-
Arbeiter brachte einen Artikel über Rauchzigarren, der
wirklich den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Ich bin zwar damit
einverstanden, aber er geht mir nicht weit genug. Wir Tabakarbeiter
haben mit unserem unter dem Erstzinsminimum stehenden Löhnen
alle Ursache, das höchste, das man uns gibt, auch voll und ganz
anerkannt zu wissen. Die neue Reichsversicherungsordnung hat
nun eine Bestimmung, welche gerade unseren Naturallohn betrifft,
an welcher wir nicht achtlos vorübergehen dürfen. Sie besagt, daß
Trinkgelder der Kellner, der Transportarbeiter usw. bei Eintragung
zur Versicherung als Lohn zu betrachten sind. Diese Einnahmen
sind schon heute; unsere Rauchzigarren empfangen wir regelmäßig,
eine Woche wie die andere. Dieser Lohn in Form von Rauch-
zigarren wird wohl vom Fabrikanten, um im Warenpreise wieder
erhalten zu können, einfallt, aber uns nicht gebührt. Diese
Bewegung eines wöchentlich regelmäßig erhaltenen Arbeitslohnes
müssen wir unter allen Umständen fordern. Verdient ein Tabakar-
arbeiter sagen wir mal 17 M pro Woche, 1,25 M, 25 Stück Rauch-
zigarren, schätzen wir ihren Wert nur auf 1,25 M, so hat der
Unternehmer 15,75 M am Schluß der Woche dem Arbeiter als
verdienten Lohn zu buchen. Durch Anrechnung der Rauchzigarren
als Lohn steigt der betreffende Tabakarbeiter in der Krankenver-
sicherung eine Klasse höher. Rechnen wir also 17 M Durchschnitts-
verdienst pro Woche, macht das ein Jahresverdienst, das Jahr zu
50 Arbeitstagen gerechnet, von 850 M. Er wird nach der Reichs-
versicherungsordnung in der dritten Klasse versichert. Kommt nun
aber der erhaltene Lohn an Naturalien hinzu, so steigt der Arbeiter
eine Klasse höher, was für ihn im Falle einer Erkrankung doch als
eine Verbesserung bezichnet werden muß. Die Generalversamm-
lung wird sich auch mit dieser Materie befassen müssen. Sie wird
über Mittel und Wege zu beraten haben, den Tabakarbeitern auch
hier ihr Recht zu verschaffen. Ich bin der Meinung, daß auch diese
Anliegenheit generell geregelt werden muß. Wenn dieses durch
Verhandlungen in den einzelnen Betrieben erfolgen soll, wird's
wohl noch lange dauern.

Hier wird wohl versucht werden müssen, mit den anderen
Tabakarbeiter-Verbänden gemeinschaftlich an die Unternehmernorgani-
sationen heranzutreten. Sollten diese sich sträuben, was aber
nicht zu erwarten ist, so steht ja den Verbänden der Instanzenweg
der Krankenversicherung offen. Jedenfalls muß alles versucht
werden, diese uns zuteilende Anerkennung eines Teiles unseres
Lohnes zu erreichen!

Diese Generalversammlung hat ein reiches Arbeitsfeld. Möge
jeder Delegierte sich seiner Verantwortung voll und ganz bewußt
sein! Nichts jeder seinen Blick in die Zukunft! Nicht wie wir es
früher gemacht haben, soll entscheidend sein, sondern wie wir es,
durch andere Verhältnisse getrieben, in Zukunft machen müssen, sei
der Leitern. Agitation, organisieren wir im Sinne des Modernen,
im Geiste der bestehenden Zustände. Hoffen wir, daß die bevor-
stehende Verschmelzung zweier Bruderorganisationen der deutschen
Tabakarbeiterchaft zum Segen gereichen möge! Hoffen wir, daß
es auch einmal uns gelingen wird, aus unseren tieferen Ver-
hältnissen emporzusteigen zum Licht. Die Arbeiter dieser General-
versammlung seien ein weiterer Stein in dem Bau, der den armen
Tabakarbeiter zu Schutz und Trutz dienen soll. Karl Kopf.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Zollhinterziehung. Wegen Vergehens gegen §§ 135,
152 des Vereinszollgesetzes und §§ 4 und 16 des Nach-
vervollzugsordnung war der Straßenbahnführer Voll-
mann in Münster zu einer Geldstrafe von 146 M verur-
teilt worden. Er war Mitglied des Vorstandes einer
Tabakfabrik, besuchte als solcher die Vorstandssitzungen,
kimmerte sich aber niemals um die Erledigung der schrift-
lichen Arbeiten. Diese lagen vielmehr dem Vorstandsmit-
glied Nikrisch ob. Gemäß der Nachvervollzugsordnung
hatten die Vorstandsmitglieder die Verpflichtung, bei In-
krafttreten der Nachvervollzugsordnung den Bestand des
noch nicht verarbeiteten Tabaks der Zollbehörde anzu-
geben, da dieser Tabak einer Nachvervollzug unterlag.
Nikrisch hatte über 106 Kilo unverarbeiteten Tabak nicht
zur Ver Zollung angemeldet, um den Nachtragszoll zu
sparen. Am Tage vor Inkrafttreten der Nachtragsver-
vollzugsordnung schafften nun Nikrisch und Vollmann
den noch vorhandenen unverarbeiteten Tabak aus der
Fabrik in einen gegenüberliegenden Schuppen, damit er
nicht bei der am folgenden Tage zu erwartenden Steuer-
kontrolle entdeckt werde. Wegen dieser Tat war Vollmann
der Strafe zur Tabaknachzollhinterziehung vom Gericht
Münster verurteilt worden. Die Zollhinterziehung
liege, so führte das erkennende Gericht aus, in dem Nicht-
anmelden des Tabaks zur Ver Zollung. Das Fortbringen
des Tabaks sei zur Hinterziehung nicht nötig. Dies hätte
nur die Entdeckung der Hinterziehung verhindern sollen,
hätte also nur zur Erleichterung einer glücklichen Durch-

Rohtabak-Angebot von **Heinrich Frandk, Berlin**, siehe vierle Seite des Hauptblattes.

führung der Tat beigetragen. Daher sei Hollmann nur Gehilfe des Vergehens gewesen. Die Revision des Angeklagten, die Verletzung des § 49 des Strafgesetzbuchs rügte, wurde als unbegründet gemäß dem Antrag des Reichsanwalts verworfen.

Der amerikanische Tabaktrust in Deutschland. Nach vorliegenden Meldungen beantragt die Georg A. Zasmagi N. G. in Dresden bei der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 Millionen Mark. Bekanntlich gehört die Zasmagi-Gesellschaft zu den Unternehmungen des amerikanischen Tabaktrusts, der in Deutschland außerdem noch die Zosetifabrik beherrscht. Verschiedene Handelsblätter bemerken, daß nach der beantragten Kapitalerhöhung das Grundkapital der Zasmagi-Gesellschaft sich auf 9 Millionen Mark stellen würde. Diese Angabe ist irrig, denn im März des Vorjahres hat Zasmagi das Kapital von 5 Millionen bereits auf 10 Millionen Mark durch Ausgabe von fünfprozentigen Vorzugsaktien erhöht. Erfolgt also jetzt eine erneute Kapitalvermehrung um 4 Millionen Mark, so würde das Gesamtkapital von Zasmagi 14 Millionen Mark betragen.

Streik in einer ungarischen Tabakfabrik. In der Szolnoker Tabakfabrik sind letzte Woche 500 Arbeiterinnen in den Streik getreten. Die in der Fabrik angestellten 25 Männer haben sich dem Streik angeschlossen. Der Streik kam wegen Lohnforderungen der Arbeiterinnen zum Ausbruch. Frauen erhielten bisher einen Lohn von 1 Krone 10 Heller, jüngere Mädchen von 70 Heller. Die Arbeiterinnen fordern jetzt für Frauen und erwachsene Mädchen 2 Kronen, für jüngere Mädchen 1 Krone. Auf das der Direktion überreichte Memorandum ist bisher eine Antwort noch nicht erfolgt.

Aufgang der kubanischen Zigarrenaufuhr. Seit längerer Zeit geht nach der dortigen Zollstatistik die Ausfuhr von Zigarren aus Kuba (Havana) erheblich zurück. Während in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 1911 noch 22 230 006 Stück ausgeführt wurden, waren es in der gleichen Zeit im Jahre 1912 nur noch 18 820 185 Stück, also ein Minus von 3 401 721 Stück. Nächste Großbritannien ist hauptsächlich Deutschland an dem geringen Havana-Export beteiligt. Man hofft in Havana, daß England seine Rolle auf Tabak herabsetzen werde, ebenso, daß die Vereinigten Staaten, falls demnächst die demokratische Partei durch die Präsidentenwahl an die Ruder kommen sollte, die Tarife herabsetzen werde.

Bewegungen im Beruf.

Mitglieder, die in einem anderen Orte in Arbeit zutreten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Zur Beachtung!

Vor Zug nach Westfalen, Lippe-De-mold, Waldeck, Bezirk Osnabrück wird streng gewarnt, da noch nicht alle ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt sind.

Für Hamburg und Umgegend und Bremen und Umgegend ist der Zug frei. In Hamburg und Umgegend haben jedoch nur gute Penalarbeiter Aussicht auf Arbeit.

Schwerte. Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Dirls & Thorey führten dazu, daß zwischen den Arbeitern und der Firma Differenzen ausbrachen, die eine gegenseitige Kündigung nach sich zog. Durch Verhandlung mit dem Gausleiter ließ sich die Firma herbei und nahm die Kündigung zurück; außerdem bewilligte sie auf 5 Sorten eine Lohnzulage von 25 % pro Mille. Den Hausarbeitern soll das Deckblatt aufgelegt geliefert werden. Die Arbeiter nahmen die Zugeständnisse an.

Schleswig. Bei der Firma Eigenberg & Besche hatten die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Die Firma bewilligte für 2 Sorten 50 % und für 3 Sorten 1 % pro Mille. Der Wochenlohn der Sortierer wurde um 2 % erhöht und der der Zurichterinnen um 1 %. Außerdem erhalten die Zurichter und der Sortierer die in die Woche fallenden Feiertage mitbezahlt.

Hamburg. Bei der Firma Hugo Harbeck hatten die Zurichterinnen Lohnforderungen gestellt. Durch Verhandlung wurde erreicht, daß die Firma den Wochenlohn für Umblattzurichter auf 18 % und für Deckblattzurichter auf 15 % erhöhte.

Dresden. Bei der Firma Chr. Ruff wird seit längerer Zeit über schlechtes Umblatt geklagt, welches zu Differenzen mit der Firma führte. Die Arbeiter, die dieses schlechte Material einem Lohnabzug gleich erachteten, wurden vorstellig und forderten Abhilfe dieses Zustandes. Die Firma lehnte ein Entgegenkommen strikte ab, was dann zur Folge hatte, daß es zur einmütigen Arbeitsniederlegung kam. Der Zugug ist fernzuhalten.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 11. März sind die Bergarbeiter des Ruhrkohlenreviers in den Ausstand getreten, um in erster Linie eine der Lebensmittellieferung angemessene Lohnerhöhung zu erreichen. Eine Reihe weiterer Forderungen betreffen die Lohnzahlungsfristen, Schichtzeit, Leber- und Nebenleistungen, Werkzeuge, Arbeitsnachweis, Strafmessen, Schadensersatz, Nichtanrechnung der reichs-gesetzlichen Versicherungsleistungen auf die Knappschaftsrente und Wohnheimleistungen, sind den Werkverwaltungen unterbreitet worden, treten aber an Bedeutung zurück hinter der Forderung einer 15 prozentigen Lohnsteigerung für alle Arbeiter. Die Grubendirektionen haben sowohl die gesamten Forderungen als auch jede Verhandlung mit den Organisations der Bergarbeiter abgelehnt. Sie erklärten sich zwar teilweise bereit, über eine Lohn-erhöhung mit den gesetzlichen Arbeiterausschüssen zu verhandeln, unterließen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Ausschüsse in Lohnfragen nicht zuständig seien. Soweit solche Verhandlungen mit Ausschüssen stattfanden, sind sie seither ergebnislos verlaufen.

Der Streik hat sich auf die gesamte Steinkohlenindustrie des Ruhrbezirks mit ihren Nebenanlagen (Kohleminen, Verwertungs-betriebe) ausgedehnt, ist aber auch schon auf andere Bezirke (Saar, Ostpreußen, Ober- und Niederschlesien) übergesprungen. Obwohl der christliche Gewerksverein der Bergleute die Parole des Streikbundes ausgegeben hat, sind zahlreiche seiner Mitglieder in den Ausstand getreten. Bereits am 12. März überschritt die Zahl der Streikenden 200 000. Infolge der Ausdehnung auf andere Bezirke ist diese Zahl fortgesetzt im Wachsen begriffen.

Das Verhalten der Arbeitgeber ist ein Entgegenkommen an die Forderungen der Arbeiter nicht erkennen. Sie haben für Anfang April d. J. Lohnzulagen bis 10 % in Aussicht gestellt, aber nur für die Schichtlöhner, wobei der weitaus größte Teil der Arbeiter, der im Gehilgen Lohn arbeitet, nicht in Frage kommt. Deren Löhne würden nach der Erklärung der Zechenverwaltungen mit der Konjunktur von selbst steigen, d. h. durch Verfahren von Ueber- und Nebenleistungen. Die Bergarbeiter fordern dagegen mehr Lohn für die gleiche Arbeit!

Der Zeitraum des Ausstandes ist seitens der Arbeiterschaft sehr günstig gewählt. Eine bessere Konjunktur dürfte für die Bergleute kaum in Jahren wiederkehren. Ihr Streben, den Lohn von 1907 nebst einer der Lebensmittelpreiserhöhung entsprechenden Zulage zu erreichen, muß als berechtigt bezeichnet werden. So bedauerlich die Streikbrüchigkeit des christlichen Gewerksvereins bleibt, so wollen doch die an der Lohnbewegung beteiligten Arbeiterverbände sich von den Christlichen nicht völlig um den Erfolg der günstigen Konjunktur bringen lassen.

Der Kampf der Bergarbeiter gilt aber auch dem Willkürregiment der Grubendirektionen, die jede Organisation ihrer Arbeiter und jeden Einfluß der letzteren auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen aufs heftigste zurückweisen und das Regiment des Herrn im Hause dauernd zur Geltung bringen wollen. Während in anderen Berufen sich eine partielle Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge längst durchgeführt hat, verharren die Zechenverwaltungen auf dem Standpunkt, den Arbeitsvertrag einseitig zu diktiert. Ebenso wie 1905 wäre auch der diesjährige Kampf vermieden worden, wenn der Zechenverband oder die Zechenverwaltungen sich auf Vereinbarungen mit den Organisationen oder Vertretungen der Arbeiterschaft eingelassen hätte.

Da die deutsche Bergarbeiterschaft sich angesichts des schroffen Machtmisses der Grubendirektionen und der Massenkraftbrüche Parole der christlichen Gewerksvereinstellung auf einen ebenso umfangreichen wie harten Kampf einrichten muß, für den die eigenen Mittel der Organisation kaum hinreichen dürften, so ergreift sie die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands hierdurch der Ruf, die ausständigen Hunderttausende von Bergarbeitern durch schnelle Vornahme allgemeiner Sammlungen tatkräftig zu unterstützen. Es werden große Anforderungen an die Solidarität der Arbeiterklasse gestellt, aber wir hoffen, daß die so oft bewährte Opferfreudigkeit sie auch in diesem Kleinkampfe zu den höchsten Leistungen anspornen wird.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergreift die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu generalisieren. Sammelungen werden von der Generalkommission nicht verlangt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Bergarbeiter aufgeschriebenen Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto - Nr. 7930, Hermann Rube, Postfachamt Berlin oder direkt an

Hermann Rube, Berlin SO. 16, Engelshof 14/15. Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letzte Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einsendung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Vereinfachung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zettelkarten, auf denen die volle Adresse vorgebrudt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgefordert wird. Zettelkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs einseitig eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen direkt an die Generalkommission einenden - in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell an Orte abgeliefert werden - werden ersucht, gleichfalls nur Zettelkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell auszuhandigen zu lassen.

Über die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt. Berlin SO. 16, Engelshof 15, den 16. März 1912. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. E. Legien.

Berichte.

Agitationsbericht des D. Gaues. Im Monat Februar wurden in nachstehenden Orten öffentliche Versammlungen anberaumt: Rimbürg, Wahlingen, Alm b. Oberkirch, Hohenberg, Miedelsbach, Mahlsberg, Ringsheim, Elschetten, Endingen, Renchen, Schornborn.

Orschweiler, Altorf, Eichenheim, Wehl. In den ersten sieben Orten referierte Kollege Durban und ist die Hoffnung vorhanden, daß in nächster Zeit die Organisation Eingang finden wird. In letzteren sieben Orten konnten die Versammlungen nicht abgehalten werden, da in einigen gerade die Kaffnack geteiert wurde, und in anderen wurden die Kollegen und Kolleginnen, durch Androhung der sofortigen Entlassung, von den Versammlungen ferngehalten. Auf die Dauer wird auch dieses Mittel nicht mehr ziehen, denn die Erregung der oberbairischen Tabakarbeiter über die immer schlechter werdenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist fast allgemein, nur fehlt ihnen noch der Mut, der Organisation beizutreten. Ferner machten sich zwei Revisionen, eine Unterhandlung, eine Hausagitation und eine Betriebsversammlung notwendig, in welcher letzterer der Kollege Durban ebenfalls referierte.

Stuttgart. Hier fand am 9. März eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Mitteilung des Vorstandes; 2. Die bevorstehende Generalversammlung (Referent Kollege Max Müller); 3. Stellungnahme zur Kandidatenfrage; 4. Kartellbericht; 5. Verschiedenes. Kollege Müller führt in seinem 1/2 stündigen Vortrag aus, daß die nächste Generalversammlung ein Kartell für die Tabakarbeiter sein wird. Redner kommt dann auf die Verschmelzung mit dem Sortierer-Verband zu sprechen; er zeigt an vorliegenden Beispielen, wie notwendig die Verschmelzung hauptsächlich für die Sortierer ist. Weiter bespricht Redner den neuen Statuten-Entwurf, und wendet sich gegen § 2 Abs. 2 und andere Bestimmungen, u. a. die Leistungen bei dem Beitrag von 35 % und die Wählerinnenunterstützung kritischer. Auch verlangt Redner, daß sämtliche Branchen im Verband vertreten sind. In der Diskussion, an der sich einige Kollegen beteiligten, hebt Kollege Wildemann besonders hervor, daß wohl die Dresdner Generalversammlung mit ihrer Reorganisation des Verbandes ein bedeutender Markstein für die Tabakarbeiter war. Kollege Wildemann wendet sich gegen die Ausführungen des Referenten, so z. B. gegen die Sektionsanteile. Die übrigen Diskussionsredner schließen sich Wildemann an. Es wird Kollege Max Müller, nachdem Wildemann und Diebold verzichtet haben, einstimmig als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt. Zum Punkt 4 gibt Kollege Wildemann den Bericht vom Kartell, aus dem zu entnehmen ist, daß die Sammlung der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts für die westfälischen Tabakarbeiter 5500 M. ergeben hat, ausschließlich der Beiträge, die einzelne Gewerkschaften an ihre Vorstände gesandt haben. Die Mitarbeiter ist möglichst durch Arbeitsruhe zu befreien und haben sich die Mitglieder an allen Veranstaltungen der Massalkommission zu beteiligen. Zu Punkt 5 wurde beschlossen, anlässlich des 25 jährigen Bestandes der Zahlstelle ein Stiftungsfest abzuhalten.

Launsbach. Am 15. März fand unsere Mitgliederversammlung statt, die entgegen den letzten Versammlungen, nicht besonders gut besucht war. Bezirksleiter Kiegel verbreitete sich in längerer Ausführungen über die letzten großen Wirtschaftskämpfe, bis zur neuesten Zeit. Er führte den Anwesenden vor Augen, wie der Kapitalismus begun, das gesamte Unternehmertum immer brutaler gegen die Arbeiterschaft vorgehen. Immermehr sehe man, wie sich die Gegensätze zuspitzen, wie die wirtschaftlichen Kämpfe immer schärfere Gestalt annehmen würden. Redner ging des näheren noch auf die verflochtene westfälische Tabakarbeiterausperrung ein, ebenso auf die anderen großen Kämpfe, die zuerst zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten werden, insbesondere aber auch auf den Kleinstkampf im Bergbau. Alles dies aber müsse die Arbeiterschaft zu immer engerem Zusammenschluß und größerer Einigkeit ermahnen. In dieser Hinsicht aber fehle es noch in Launsbach unter den Tabakarbeitern. Die Vorkommnisse der letzten Zeit seien dafür ein Beispiel. Aus Anlaß der Extrabeiträge habe es bei einzelnen Mitgliedern an Opfermut gefehlt. Persönliche Verfeindungen mit einzelnen Mitgliedern gibt ihnen Veranlassung, aus dem Verband zu gehen. Sie betonen natürlich, daß sie doch in ihren Anschauungen bleiben würden, was sie waren. Dies ist allerdings leeres Gerede. Wer nicht in der Lage ist, die Personen von der Sache zu trennen, kann nicht als überzeugter Genosse oder Kollege angesehen werden. Dies sollten sich gewisse Leute hier am Orte merken. Nicht genug damit, daß sie selbst ausgetreten sind, versuchen sie auch noch mit allen Mitteln, die anderen Mitglieder vom Verbands abspenstig zu machen, natürlich mit wenig Erfolg. Künftig wurde das Beharren des Nachfolgers Kni als schädigend für die Arbeiterschaft bezeichnet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die übrigen Mitglieder auch in Zukunft trenn zum Verband halten. Kollege Kiegel betonte zum Schluß, daß es nicht im Interesse der Arbeiter, besonders aber nicht im Interesse der Tabakarbeiterklasse liege, sich zu erweisen, sondern Ehrigkeit mache stark und sie ist im Obeneren Bezirk notwendig. Wann wurde Stellung genommen zur Sam-burger Generalversammlung. Kollege Kiegel betonte die Wichtigkeit der diesjährigen Tagung für die Tabakarbeiterklasse und besprach die einzelnen Punkte der Tagesordnung. Beim Punkt Anträge zur Generalversammlung, wurde durch Beschluß dem Antrag Wilmars zwecks Schaffung einer Jugendbeitragsklasse als dringend notwendig für den Obeneren Bezirk gestimmt. Ebenso soll an die Generalversammlung der Antrag eingereicht werden, daß bei Bezug von Krankunterstützung wie bisher eine 20 wöchentliche Karenzzeit soll bestehen bleiben. Darauf fand die Wahl des Delegierten statt. Sämtliche abgegebenen Stimmen entfielen auf den Delegierten H. Kiegel. Den Launsbacher Kolleginnen und Kollegen sei aber zum Schluß die erste Mahnung zuzuführen, daß sie sich zusammen in der Organisation! Weist den Organisations-zersplitterern die Tür! Erkennet den gemeinsamen Feind, das kapitalisierte Unternehmertum, und sorgt für die weitestgehende Ausbreitung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes!

Waldbeck. Die am 16. März abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der Wahl eines Delegierten und mit dem Statutenentwurf. Die Wahl ergab 18 Stimmen für E. Bischoff, 10 für H. Hübde, und 3 Stimmen für C. Riechmann, Gehlenbeck. An dem Entwurf bemängelten die Kollegen, daß den Mitgliedern der 2. Klasse bei einem Beitrag von 45 % pro Woche die Streikunterstützung um 1.00 M. pro Woche gekürzt wird. Auch wurde es als ungerecht bezeichnet, daß die Zahl der zu unterstützenden Kinder auf 3 beschränkt wird, da doch gerade die Familieneltern mit den meisten Kindern am härtesten bei einem Streik betroffen würden. Der Kartellbericht sollte mit, daß die Schützenhausgesellschaft den Antrag des Gewerkschaftskartells um Ueberlassung des Schützenhauses zur Abhaltung eines Gewerkschaftsfestes genau wie im vorigen Jahre ohne jegliche Begründung abgelehnt habe. Die Tabakarbeiter werden sich dieses besonders zu Herzen nehmen. Als dritter Kartelldelegierter wurde der Kollege E. Bischoff gewählt. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, die Versammlungen in Zukunft zahlreicher und pünktlicher zu besuchen.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Größtes Wickelformenlager Deutschlands
JEDES FACON NEU UND GEBRAUCH STETS AM LABEL
L. COHN & CO.
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO. 24.
Verlangen Sie sofort kostenlos
ZEPPELIN
FAÇONS
Enthaltend.
Liste ist soeben erschienen mit circa 800 verschiedenen Abbildungen
Unsere Haupt-Preisen sind Modellbogen, Zeichnungen, Muster, Pläne, Muster, Pläne

ROBERT OEHLER

**ROHTABAK-
HANDLUNG**



**BERLINSO.26
Nr 2 COTTBUSER Nr 2
STRASSE Nr 2**

Sensationell! Kaum glaublich, aber wahr!

17 Packen Sumatra-Sandblatt, Deli-Gewächs

Nr. 759. Grosse 3. Länge Vollblatt, zart und fein wie Seide, helle, hellste und auch viel fahle Farben enthaltend, erstklassig in Brand und Geschmack und von tadelloser Deckkraft.

Für nur 260 Pfennig verzollt!

Ausserdem grösstes und wohlfeilstes Angebot in Rohtabak aller Art laut Preisliste

Fernruf 4740 Postscheckkonto, Amt Leipzig 700.

**Die Rohtabakhandlung
Pabst & Rinneberg**

Leipzig, Thomasring 1

empfehlte sämtliche Sorten

Rohtabake

zur Zigarrenfabrikation.

Abteilung: Klein-Verkauf.

Nur verzollt einschliesslich Wertzoll. — Versand unter Nachnahme bei 3% Abzug. — Preisliste frei! [15]

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfehlte in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 A	Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 A
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 A	Havana 200, 250, 300, 400 A
Java-Decker dunkel 220 A, hell 260, 280, 300, 320 A	Yara-Cuba 200, 220 A, feine Qualität
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 A	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 A
Java-Einlage 95 A, mit Umbl. 110, 120, 130 A	Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 A
Versteeland-Decker 260, 275, 300, 320 A	Domingo-Umblatt 110, 120, 130 A
Brasil-Decker 175, 200, 210 A	Domingo-Einlage und Umbl. 100 A
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 A	Rio-Grande-Decker 120, 130 A, Einlage 110 A

Widelformen (neu und gebraucht in allen Grössen von 50 bis 150 A. Schiffschen - Abwärts derselbe gratis und franco. Neue, schmeldeiserner Formpressen mit Hochgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 A. Gummi-Tragant, allerfeinste Ware, größte Klebkraft, per Pfd. 250 A. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, geb. 80, 105, 120, 125, 150, rot 180 A. Bastbündelband, grau und lachsfarbig, pro 100 Meter-Rolle 150 A. [9]

Hermeking & Boy
Berlin N., Brunnenstrasse 183
Rohtabak — Bedarfsartikel

Verlangen Sie bitte Preisliste mit Beschreibung der Tabake.

Telephon 11358. Postscheckkonto Leipzig No. 9928.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehlte als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 230, 300, 320, 350, 360, 410, 500 A	Havana, hochfeine Einl., à 270, 350 A
Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180 A	Yara-Cuba, vorzüglich, à 260 A
Porsteal-Decker à 250, 320, 400, 500 A	Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 A
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 A	Carmen-Einlage à 115, 125 A
Java-Einlage à 120, 125 A	Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 A
Aufarbeiter à 130, 135, 140 A	Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 A
Felix-Decker, schneeweiß, Brand, 220 A	Mexiko San Andras 480, 450, 400, 140 A
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 A	Kosyut, sehr blattig und gesund, à 120, 110 A
	Ufermärker à 105, 110, 115 A

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto. Man verlange neueste Preisliste. [10]

Sehr preiswerte Einlagen!

Java 110 A, leichtster guter Geschmack, 115 A, sehr blattig, milde.
Brasil 135 A, spitzblättrig, großblättrig, 145 A, feine Qualität, 160 A, blattig, kräftig.
Domingo 100 A, trocken, sauer, 110 A, blattig, leicht.
Carmen 105 A, leicht, trocken, 110 A, blattig, gutschmeckend, 115 A, sehr blattig, feine Qualität.
Havana 180 A, mittelkräftig, stumpf, 275 A, feinste Qualitätsware.
Yara-Cuba 220 A, feiner Qualitätstabak.
Kosyut rein überreif ohne Bisspart oder Astriechen, 100 A, blattig, trocken, 105 A, sehr blattig, 110 A, gemischte Orig.-Tabake.
Geschliffene Einlage 110 A, Java-Brasil-Mischung.

Umblatt
Java 135 A, sehr leicht, 2. Länge, 160 A, 2. Länge, Vollblatt, 170 A, 1. Länge, Vollblatt, 180 A, 3. Länge, Vollblatt.
Sumatra 160 A, 3. Länge, Vollblatt, 170 A, 3. Länge, Vollblatt.
Domingo 115 A, trocken, sauer, 125 A, zart, großblättrig, 135 A, feinstes Moca-Gewächs.
Carmen 120 A, guter Geschmack, 140 A, zart, edel.
Seedleaf 145 A, feine Qualität.
Virginia, Kentucky 130 bis 160 A.
Preis per Pfd. verzollt inkl. Wertzoll.

Brinkmeier & Co., Bremen
Geeren 42.

**Rohtabakhandlung
M. Edling, Bremen**

empfehlte folgende gute Tabake zu billigen Preisen.
Sumatra-Decker à 160, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 260, 270, 290, 300, 310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500 A
Java-Versteeland-Decker à 220, 240, 260, 280, 300, 320, 350 A
Brasil-Decker à 190, 200, 220, 240 A
Brasil-Einlage u. Umblatt à 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 A
Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 150, 160, 170, 180 A, Stückblatt 130, 140, 150 A
Java-Umblatt à 140, 150, 160, 170 A
Java-Einlage u. Umblatt à 110, 120, 125, 130 A
Domingo à 100, 110, 120, 130 A
Carmen à 100, 110, 120, 130 A
Seedleaf (meist Umbl.) à 110, 115, 120 A
Havana-Einlage à 180, 200, 250, 300, 400 A, Decker 650 A
Yara-Cuba-Einlage à 150, 180, 200, 250 A
Mexiko-Decker à 250, 320 A
Kosyut à 95, 100 A
Gemischte Original-Tabake à 110, 120 A
Java (geschliffen) à 110 A
Preise verzollt inkl. Wertzoll per 1/2 Rfl. Credit nach Uebereinkunft. [13]

Neu! Als ganz besonders preiswert offeriere: Neu!

Fertige Tabakeinlage à Mk. 0.95
Fertiges Tabakumblatt à Mk. 1.50

Jeder Versuch führt zu Hochstellungen. Man verlange neueste Preisliste

Bernhard R. Müller
Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Bestes Rohtabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 9.
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Achtung!
Sumatra-Umblatt
per Pfund à 1.50.
Deckblatt, zweite Länge Vollblatt, sehr zu empfehlen, per Pfund à 3.60.
Typen derselbe gerne gratis und gratis.

Hengvoss & Maak
Altona-Ottensson = Filiale:
Berlin N., Brunnenstraße 25.

Drucksachen aller Art
J. H. Schmalfeldt & Co., Bremen

Rohtabak-Versandhaus
Friedr. L. M. H. Meyer-Samburg, Eibstraße 49.
Weg. Pakk.-Anfrage. (teilw. u. Preis) Grus statt 30, 60, 90, 100 je 5 A billiger, präp. ff. gefas. Rippe 35, Ia. Umbl. statt 110, 125, 160, 185 jetzt 15-20 A billiger, helle Dell 300 u. 350 ab 10%, entrippte ff. Einlage 120 u. 135, Form etc. [6]

fluß der Gewerkschaften derjenigen Partei zugute kommt, die sich am meisten um sie gekümmert hat, und das ist zweifellos die Sozialdemokratie. Insbesondere hat die sonst so ruhige Zentrumspartei es auf diesem Gebiete sehr fehlen lassen.

Die Christlichen als Streikbrecher. Genau wie bei dem eben begonnenen Kampf der Ruhrbergleute die Christlichen drauf und dran sind, den kämpfenden Bergarbeitern in den Rücken zu fallen, handeln auch die in dem Christlichen Fernarbeiterverband organisierten Porzellanarbeiter gegenüber den ausgesperrten Kollegen. Außerordentlich interessant ist zu lesen, wie die Unternehmer über diese Haltung der Christlichen denken. In der Nr. 10 der „Arbeitszeitung“ wird auch die Aussperrung der Porzellanarbeiter erwähnt und über die Stellung der Christlichen gesagt: „Durch diese Haltung der Christlichen wird die Stellung der Porzellanfabrikanten zweifellos gestärkt. Sie bedeutet eine Spaltung der Gegner.“ Das ist wohl auch die übliche Absicht der Christlichen gewesen, als ihre Führer sie zu dem wohlüberlegten und systematisch durchgeführten Streikbruch aufzuforderten. Nur einen Trost haben die Christlichen. Die wenigen Kirch- und Dunderschen Gewerkschaften, die noch unter den Porzellanern herumlaufen, haben es wie die Christlichen gemacht: Sie sind spornstreichs in die Betriebe zurückgelaufen, trotzdem ihre Verbandsleitung ihnen die Genehmigung zum Ausscharen erteilt und Unterstützung sicherstellte.

Von der Konzentration im Kohlenbergbau des Ruhrreviers. Ueber die Fortschritte der Konzentration des Kohlenbergbaues im Ruhrrevier entnehmen wir Goldschmidt (Ueber die Konzentration im Kohlenbergbau, 1912) folgende Angaben:

Gegenüber den unpersönlichen Aktiengesellschaften tritt die Bedeutung physischer Personen und der Gewerkschaften alten Rechts immer mehr zurück. 1885 trieben Kohlenberger 114 Werke, 1904 waren es 91 und 1909/10 nur 55 Werke. In der gleichen Zeit stieg die Produktion um das Dreifache, der Wert der erzeugten Produkte um mehr als das Zwölfwache. Im Jahre 1893 lieferten die zehn größten Unternehmungen 14 333 500 Tonnen oder 36,0 pSt. der Gesamtförderung des Reviers. Im Jahre 1909/10 dagegen förderten die zehn größten Werke 49 030 000 Tonnen oder 59,3 pSt., d. h. mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion. Die Machtsphäre einzelner Gruppen und Familien (Stinnes, Thyssen, Carl Funke, Krupp, Haniel) ist eine ganz gemaltige. Der Stinneskonzern allein beherrscht 19 Kohlenzechen; 7 Eisenbetriebe; zahlreiche Eisenerzgruben in Lothringen, Luxemburg, Frankreich, Nassau, Siegerland, Ruhr, Weser, Harz; 5 Kohlenhandelsgesellschaften; 26 Handels- und Reedereigesellschaften (davon 12 in Deutschland, 5 in England, 3 in Italien, 2 in Frankreich, 2 in Rußland, je 1 in Belgien und Schweiz). Neun Konzerne allein beherrschen 66,9 pSt. der Kohlenproduktion des Reviers und 48 pSt. der Produktion des Stahlwerksverbandes.

Alleinbesitzer wurden im Jahre 1885 noch 4, im Jahre 1904 dann 7, im Jahre 1909 aber nur noch einer gezählt (das Bergwerk die Wendel im Bezirk Arnsberg). Der Anteil an der Gesamtförderung durch Private betrug demgemäß 1885 5,8 pSt.; 1904 9,8 pSt. 1909 nur 0,4 Prozent. Die Förderung ist absolut zurückgegangen, von 1 499 000 Tonnen (im Jahre 1885) auf 336 000 (im Jahre 1909).

Die Kohlenproduktion des Fiskus ist von 91 600 Tonnen im Jahre 1893 auf 1 748 000 Tonnen im Jahre 1909 gestiegen.

Die Zahl der Aktiengesellschaften, die Kohlenbergbau treiben, ist seit 1904 von 37 auf 28 gefallen. Sie produzieren 65,2 Prozent der Gesamtförderung. 17 reine Kohlenwerke fördern davon 34 Millionen Tonnen oder 41,4 Prozent, 11 gemischte Werke (Stüttenzechen) 20,1 Millionen Tonnen oder 23,8 Prozent. Die Zahl der reinen Werke nahm 1885 bis 1910 von 26 bis 17 ab. Die Stüttenzechen, deren Gründung durch die Syndikatsentwicklung gefördert wird, stieg in der gleichen Zeit von 6 auf 11.

Die Zahl der „Gewerkschaften“ (Zechen-Gesellschaften) mit besonderer juristischer Form fiel 1885 bis 1910 von 78 auf 28, ihr Anteil an der Gesamtförderung von 49 auf 35 Prozent.

Berichte.

Chemnitz. In der am 9. März im Restaurant Kulmbacher Bierhalle stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde Kollege Otto Rusch einstimmig als Delegierter für die Generalversammlung aufgestellt und den auszuwählenden, nach hier zahlenden Mitgliedern sowie Zahlstellen zur Wahl empfohlen. Betreffs der Anträge wurde noch eine Versammlung bestimmt, welche am 30. März im Restaurant Blauenische Bierhalle stattfindet, zu welcher die Mitglieder, besonders die, welche immer gefehlt haben, dringend eingeladen werden. Also, vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

Seligensfeld. Am 10. März tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung handelte von der Generalversammlung und der Delegiertenwahl. Ueber die Generalversammlung referierte Kollege Kämmerer aus Froshausen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Hain, Gut und Korb, welche hauptsächlich die Anträge der Frankfurter Zahlstelle begründeten. Kollege Gut stellte dann den Antrag, die Gründung einer Lokalkasse vorzunehmen, der bei allen Anwesenden Beifall fand. Nachdem die Delegiertenwahl erledigt war, forderte Kollege Hain die Anwesenden auf, tatkräftig mitzumitlen, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin dem Verband zugeführt ist.

Staufenberg. Hier fand am 16. März eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme zur Hamburger Generalversammlung; 2. Wahl des Delegierten. Bezirksleiter Kiege l machte die Mitglieder auf die Bedeutung und Wichtigkeit unserer Generalversammlungen aufmerksam. Besonders betonte er die Wichtigkeit der diesjährigen Tagung. Da die Mehrzahl der Mitglieder erst neu gewonnen wurde, war es notwendig, daß der Bezirksleiter das Wahlreglement in kurzen Ausführungen erläuterte. Nachdem die Delegiertenwahl statt, und wurden sämtliche Stimmen für den Kollegen G. Günther abgegeben.

Als Delegierte zur 15. ordentlichen Generalversammlung sind gewählt:

1. Wahlkreis: W. Sander und J. Zerner in Hamburg.
2. Wahlkreis: A. Kröger, Gottl. Oerter und Carl Runge in Altona.

4. Wahlkreis: J. Sorla in Rendsburg.
5. Wahlkreis: Heinrich Voraz in Bremen I.
6. Wahlkreis: Gustav Biesgen in Bremen II.
7. Wahlkreis: F. Winteroth in Verden.
8. Wahlkreis: F. Göbel in Schwanbeck.
10. Wahlkreis: E. Fürtgenicht in Herrhausen.
11. Wahlkreis: W. Marahrens in Hildesheim.
13. Wahlkreis: Andreas Haffelbach in Halberstadt.
14. Wahlkreis: Frau Blumenthal, F. Hulung und Albert Koch in Nordhausen.
15. Wahlkreis: Heinrich Zech in Oeswege.
16. Wahlkreis: Alfred Kiel in Caspel.
17. Wahlkreis: Karl Klingling in Herzberg.
18. Wahlkreis: August Weermann in Witten.
19. Wahlkreis: Karl Niedmann in Gehlenbeck.
22. Wahlkreis: Friedrich Brebenlamp in Blotho.
23. Wahlkreis: Karl Wente in Hünne.
24. Wahlkreis: Wilhelm Vogtkänder in Hünne-Emigloh.
25. Wahlkreis: S. Niehaus in Riehlengern.
26. Wahlkreis: Ernst Kirchhoff in Detinghausen.
27. Wahlkreis: Wilhelm Müller in Enger.
28. Wahlkreis: Fritz Hübner in Spenge.
29. Wahlkreis: W. Schürstedt in Buxteh.
30. Wahlkreis: Karl Kleine in Pyramont.
33. Wahlkreis: Oskar Elje in Orlop.
34. Wahlkreis: Peter Gerten in Eilm.
35. Wahlkreis: Heinrich Günther in Sieken.
36. Wahlkreis: Heinrich Riegel in Sieken.
37. Wahlkreis: Allan Jakob Schwab in Klein-Krogenburg.
39. Wahlkreis: Ludwig Klöpinger in Pungst.
40. Wahlkreis: Peter Rügenburger in Spenger.
41. Wahlkreis: Joseph Wegner in Hodenheim.
42. Wahlkreis: Johann Deger in Leimer.
43. Wahlkreis: Nikolaus Kuppinger in Neulupheim.
44. Wahlkreis: Georg Schmidt I in Sedenheim.
45. Wahlkreis: Johann Büchner in Neilingen.
46. Wahlkreis: Josef Zentner in Offenburg.
47. Wahlkreis: Leonhard Klaus in Ansbach.
48. Wahlkreis: S. Beilmüller in Stamheim (Zuffenhausen).
49. Wahlkreis: Joh. Hammer in Heilbronn.
51. Wahlkreis: L. Neuppte in Zeitz.
53. Wahlkreis: G. Reunert in Delitzsch.
54. Wahlkreis: Bruno Kopla in Leisnig.
56. Wahlkreis: Richard Klaj in Waldheim.
57. Wahlkreis: Hermann Fischer in Frankenberg.
58. Wahlkreis: Ernst Schmidt in Freiberg.
59. Wahlkreis: Elisabeth Stolz, A. Kleint, A. Mrosan und W. Hoch in Dresden.
60. Wahlkreis: Bachmann in Deuben.
62. Wahlkreis: Otto Selbit in Görlitz.
63. Wahlkreis: D. Morawitz in Rawitzsch.
65. Wahlkreis: Rein Meißner eingegangen.
66. Wahlkreis: Emanuel Langner in Döhlen.
67. Wahlkreis: Marie Dittke und Alwin Schulze in Berlin.
68. Wahlkreis: Paul Detsch in Dahme.
69. Wahlkreis: Paul Jirtel in Finsterwalde.
70. Wahlkreis: Karl Strehl in Frankfurt a. D.
71. Wahlkreis: Alexander Hoffmann in Spremberg.
72. Wahlkreis: Willy Kiesel in Potsdam.
73. Wahlkreis: Robert Fern in Schwedt a. D.
74. Wahlkreis: Joh. Wendlin in Jankow.

Stichwahlen haben stattgefunden in

3. Wahlkreis: Zwischen E. Weggerow in Darmbed und W. Landam in Neuhaus a. C.
9. Wahlkreis: Zwischen S. Bok und Friedrich Stamer, beide in Braunschweig.
10. Wahlkreis: Zwischen S. Gache in Verburg und W. Wendert in Wernigerode.
20. Wahlkreis: Zwischen S. Oberhaus in Ahle und J. Zahn in Hohen.
21. Wahlkreis: Zwischen Friedrich Lübbing in Meiningen und Wilhelm Zechung in Werthe.
31. Wahlkreis: Zwischen August Wega in Lemgo und Heinrich Fink in Hohenhausen.
32. Wahlkreis: Zwischen Heinrich Kreimeyer in Klein-Affen und S. Oberfeld in Nijeda.
38. Wahlkreis: Zwischen Allan Kämmerer in Froshausen und Konrad Gräbener in Hanau.
50. Wahlkreis: Zwischen Benni Joseph in Oera und Anton Fischer in Erfurt.
52. Wahlkreis: Zwischen R. Ritscher in Schmüden und Richard Böhm in Altenburg.
55. Wahlkreis: Zwischen Minna Schilling in Döbeln und Fr. Reimer in Gartha.
61. Wahlkreis: Zwischen Emil Baum in Pirna und Ernst Böhme in Böbau.
64. Wahlkreis: Zwischen Paul Bänisch in Altwasser (Gottesberg) und Fr. Kurzbuch in Striegau.

Die Wahlprüfungskommission.
J. A.: L. Wehner, Vorsitzender, Bremen, Gastfeldstraße 36.
Die Stichwahlen haben in der Zeit vom 7. April bis einschließlich 14. April stattgefunden und sind die Resultate bis spätestens den 16. April an den Vorsitzenden der Wahlprüfungskommission, L. Wehner, Bremen, Gastfeldstraße 36, zu senden. Wahlergebnisse, die nach Ablauf dieses Termins eingelangt werden, finden keine Berücksichtigung.
Die Wahlen sind nach den Bestimmungen des Wahlreglements (siehe Statut Seite 19 und 20) vorzunehmen.
Der Vorstand. J. A.: E. Deichmann.

Achtung! Generalversammlung 1912 in Hamburg!

Wir eruchen die Delegierten und Funktionäre des Verbandes, die nach hier zur Generalversammlung kommen, und durch unsere Vermittlung die Beschaffung eines Logis wünschen, uns bis spätestens den 26. April entsprechende Mitteilung machen zu wollen. Besondere Wünsche bitten wir gleichzeitig mit angeben zu wollen; dieselben werden, wenn angängig, Berücksichtigung finden. Alle Zuschriften sind an untenstehende Adressen zu richten. Bekanntmachungen betr. Empfangen usw. erfolgen später.
Das Lokalkomitee.
J. A.: W. Sander, Hamburg I, Pferdemarkt 60, Haus 8, III.

Uereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Bürozeitung von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Geld-, Einschreib- und Berichtigungen nur an B. Nieder-Weiland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-Züricher-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postfachkonto Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Altona, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Anschlag bestimmte Zuschriften sind an Emil Gillen, Altona-Ottensen, Hohenesch 3, pt., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Den Lesern bekanntzugeben wird erucht: Der Zigarrenmacher Ludwig Müller. Für M. ist am 24. 2. ein Brief vom Bezirkskommando Weimar im Volkshaus zu Dresden eingetroffen. Der Brief ist adressiert a. St. Dresden, Althenbergstr. 2, Volkshaus. Der Zigarrenmacher ist an die Gausleitung in Dresden an Otto Wenzel, Althenbergstr. 2, Volkshaus III, Zimmer 34, anzugehen.
Der Zigarrenmacher Robert Ruffschle aus Stargard in Pommern. Betrifft: Erbschaftsangelegenheit. (S. 536. 12.)

Arbeitslosenunterstützung.

Es ist uns zur Kenntnis gekommen, daß Bevollmächtigte oder deren Beauftragte, die Arbeitslosenunterstützung auszahlen, diese Unterstützung im voraus auszahlen. Ein solches Verfahren ist unstatthaft. Es wird dringend erucht, die Bestimmungen darüber in Statut zu beachten und die Unterstützung erst vom vierten Tage der Meldung ab auszuzahlen.
Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Bayern: W. Bürger als 1., A. Klippers als 2., H. Köhler als 3. Bev., Frau Franzid, W. Kühn als Kontrollleur.
Brenzlau: Karl Jahnow als 1., Max Richterberg als 3. Bev.
Neuland: Ernst Kottler als 1. Bev.
Süd-Spange (Kreuz Herford): Herm. Büscher als 1., Gust. Wallenhorst als 2., Karl Kuhlmann als 3. Bev., Friedrich Dünkeloj, Anna Kuhlmann, Herm. Grieß als Kontrollleur.
Gobranstein: Ludwig Adermann als 1., Jakob Fuchs als 2., Friedr. Wochsener als 3. Bev., Jacob Ellenberger, Ernst Kaufmann, Valentin Thobald als Kontrollleur.
Geringswalde: Emil Köhler als 1., Ida Selle als 2., A. Vogel als 3. Bev., Anna Schejster, M. Riemann, D. Walbe als Kontrollleur.
Glückstadt: Heimr. Meyer, Wilh. Lopp als Kontrollleur.
Landsberg: Regina Holzhausen, Helene Schmidt, Elisabeth Sobach als Kontrollleur.
Offenburg: Hans Schöle als 1., Joseph Zentner als 2., Rad als 3. Bev.
Postdam: B. Schulz als 1., J. Schwart als 2., W. Sonntag als 3. Bev., H. Kreg, J. Mathens, Edo Weijener als Kontrollleur.
Gernrode: Emil Brade als 1. Bev.

Adressenänderungen.

Bayern: 2. Bev. Anton Klippers, Fischerstr. 20.
Brenzlau: 1. Bev. Karl Jahnow, Pringentstr. 565.
Neuland: 1. Bev. Ernst Kottler, Friedrichstr. 30.
Süd-Spange (Herford): 1. Bev. Herm. Büscher, Spange-Süd 117, 2. Bev. Gust. Wallenhorst, Spange-Süd 151.
Drake (Spange): Alle Zuschriften sind an: 2. Bev. Aug. Straie, Mittelstr. 179, zu senden.
Lauenburg (Schlesw.-Holst.): Alle Zuschriften sind an Fritz Wöhler zu senden.
Offenburg: 1. Bev. Hans Schöle, Goldgasse 23 I, 2. Bev. Joseph Zentner, Sophienstr. 12 I.
Frankenhausen am Kyff: Alle Zuschriften sind an den 2. Bev. Ernst Walroth, Erfurterstr. 24, zu senden.

Vom 13. bis 19. März sind folgende Gelder bei mir eingegangen: 13. = Verbandsbeiträge, E. = Extrabeiträge, F. = Freiwillige Beiträge, L.M. = Lokalmarken, L. = Lokalkasse.
9. März: Parohim, B. 20.—, Frankfurt a. M., B. 20.—, E. 20.—, Breslau, B. 400.—, Frankfurt a. M., B. 20.—, E. 20.—, Uchim, B. 300.—, E. 200.—, Bielefeld, B. 100.—, E. 40.—, Seelen, E. 100.—, Egnitz, B. 160.—, E. 60.—, L.M. 1.—, Loisch, E. 21.75, Wansen, B. 30.—, Griesheim, B. 130.—, E. 34.75, Buxteh, F. 10.—, vom Arbeiter-Radfahrerverein durch E. Kahle, Orlop, B. 200.—, E. 25.—, Nukloß, B. 90.—, E. 5.—, 12. März: Siegen, E. 88.—, von der Bezirksleitung durch S. Riegel, Wiesel, B. 200.—, Glasheim, E. 48.25, Babenhäusen, B. 75.—, E. 80.—, 13. März: Döbeln, B. 80.—, E. 20.—, Chemnitz, B. 50.—, E. 20.—, Schornborf, B. 100.—, Königsberg, B. 30.—, Schönau, B. 123.—, E. 77.—, 14. März: Altona, B. 1000.—, Nijeda i. B., B. 80.—, E. 73.—, Köpen, E. 250.—, 15. März: Bremen, B. 250.—, E. 250.—, Gengenbach, E. 39.25, 16. März: Deuben, E. 300.—, Baden-Baden, E. 22.50, 17. März: Jersch, B. 30.—, E. 7.50, L. 5.—, Zeitz, B. 110.—, E. 50.—, Würzburg, E. 49.50, Dresden, B. 500.—

Erluche, die Kopons oder Abschnitte der Zahlkarten stets mit dem Aufdruck des Zahlstellenstempels versehen zu wollen, damit irrtümliche Buchungen vermieden werden.
Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß bei Einlösung der Gelder an den Vorstand die Bevollmächtigten nur unsere Zahlkarten benutzen wollen, damit unnütze Portoaussgaben vermieden werden.
Falls Zahlkarten gewünscht werden, bitte dieses auf dem Abschnitt bemerken zu wollen, damit die Zusendung erfolgen kann.
Bremen, den 19. März 1912. B. Nieder-Weiland.

Arbeitsangebote.

Arbeit können erhalten durch den Arbeitsnachweis:
Zm 3. Gau: Ein junger tüchtiger Zigarrenmacher bei Carllohn. Nachfragen in Braunschweig bei Ernst Spartzke, Mauernstraße 49 II.
Zm 8. Gau: 10 bis 12 Penalarbeiter. Mindestlohn 18 M. Nachfragen beim Gauleiter Ehr. Stod. Heibelberg, Hauptstraße 113 a, 2. Seitenbau.
Zm 12. Gau: 2 Köhler mit Wickelmacherinnen. Nachfragen bei William Stöhr, Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 82 I.

Mitglieder-Versammlungen

Spradow: Ab. 8, b. Koldewig. L.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter.
Sonntag, den 24. März:
Buxteh: Nachm. 2 1/2, b. Gohling. L.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter.
Wektitor: Nachm. 3 1/2, b. Lohse, Bruchmühle. L.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter.
Gunnegrad-Wesensamp: Nachm. 5, b. Winter. L.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter.
Montag, den 25. März:
Verburg: Ab. 8 1/2, Gewerkschaftshaus. L.-D.: Anträge zur Generalversammlung, Verschiedenes.
Sonabend, den 30. März:
Stift Quernheim: Ab. (7), b. Koll. Riete. L.-D.: Aussperrung und nächste Aufgaben, Referent Schlüter.
Sonntag, den 31. März:
Gilenburg: Ab. 7, Goldene Säge. L.-D.: wird bekannt gegeben.

Gestorben:

Am 3. März zu Ahle Luise Schröder, 19 Jahre alt.
Am 12. März zu Schwedt a. D. Karl Möller aus Schwedt a. D.
Am 13. März zu Rauen Hermann Neund, 62 Jahre alt.
Am 18. März zu Blotho Friedr. Kerkor, 49 Jahre alt.
Am 14. März zu Stift Quernheim Heinrich Weickamp.
Am 18. März zu Frankenhausen a. Kyff. Gustav Muth, 1. Bevollm., 61 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

H Sumatra-Sandblätter F

bei der Einschreibung vom 8. März und 15. März in Amsterdam neu gekauft!

Sehr preiswerte Vollblätter 2. und 3. Längen

Nur matte und helle Tabake von Mk. 3.— bis Mk. 8.— verzollt
Verlangen Sie sofort Spezialofferte!

H Heinrich Franck F

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22.

Begründet 1879. Postscheckkonto: Berlin 1738. Telefon: Amt Norden 4352. ☎

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.
Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.
Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen.
Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zolkkredit.
Spezialität in Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadelloser weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.
Grosses Lager in
Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.
Verlangen Sie Preisliste und Muster.
Probe-Postkollis aller Sorten auf Wunsch.
Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis
für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung ... per Pfund 3.00 Mk. verzollt
II. Sortierung ... per Pfund 2.50 Mk. verzollt
III. Sortierung ... per Pfund 2.00 Mk. verzollt
von Uml.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt
II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt
Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt
Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Kaufnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Habereinkunft. ☛ Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung. ☛ [12]

Tabakarbeiter-Genossenschaft Burgsteinfurt

e. G. m. b. H.

Rebet Verlust- und Gewinn-Konto 1911

An Gebäude-Konto 10 380.47		Per Brutto-Gewinn	99 228.92
9% Abschreibung	207.20	Per Zinteressen-Konto	28.78
An Maschinen-Konto 2 924.52		Per Festlagen-Konto	454.35
10% Abschreibung	292.45	Per diverse Konten	464.03
An Fabrikanten-Einstien-Konto: 2 455.13			
10% Abschreibung	249.51		
An Debitoren-Konto 15 912.15			
Vorauszahl. Abschreibung	412.60		
An Licht- und Brennmaterial-Konto ..	571.45		
An Provisions-Konto	302.41		
An Lohn-Konto	14 967.77		
An Salär-Konto	4 264.—		
An Reiseposten-Konto	1 735.15		
An Jubiläen- u. Kranken-Kassen-Beitrags-Konto	918.30		
An Zinsen-Konto	556.54		
An Porto-Konto	476.27		
An Geschäftsunkosten-Konto	72 846.14		
Reingewinn	2 385.29		
	100 174.06		100 174.06

Unser Gewerkschaftsorgan

Der Tabak-Arbeiter

ist ein hervorragendes Agitationsmittel, aus diesem Grunde soll man gelesene Nummern stets an Kollegen weitergeben, die unseren Bestrebungen noch fernstehen.

Carl Roland

Berlin SO., Kottbuserstrasse 4

Sumatra-Vollblatt, tabaklos

lofer Brand, pr. Pfund nur M 2.50.

Java-Aufarbeiter, pr. Pfund nur..... M 1.30, 1.35 und 1.40.

Kein Interessent

versäume unsere Preisliste 23 und Wickelformbogen einzufordern.

Wir helfen

Zigarrenwickelformen, Kistenpressen, Formenpressen, Arbeitsmesser, Rollbretter, Papier

und tausend andere Artikel, die jeder Zigarrenfabrikant haben muss, neu und gebraucht, in unerreichter Güte zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Wer Geld sparen will

bestellt seine Rohtabake und Utensilien aus erster Quelle von uns!

L. Cohn & Co., Berlin I, Brunnenstr. 24.

Grösstes Lager in gebrachten Utensilien.
Deutschlands grösstes Fabrik und Handelsgeschäft der Rohtabak und Utensilien-Branche.

Bilanz 1911

An Gebäude-Konto	10 153.27	Per Geschäftsanteil-Konto ..	4 675.50
An Maschinen-Konto	2 632.07	Per Dispositionsfonds-Konto	2 709.42
An Fabrikanten-Einstien-Konto	2 245.62	Per Reservefonds-Konto	930.04
An Debitoren-Konto	15 539.55	Per Darlehens-Konto	8 000.—
An Kassa-Konto	766.19	Per Hypotheken-Konto	6 860.—
An Waren-Konto	3 926.57	Per Hausanteil-Eigen-Konto ..	2 450.—
An Rohmaterial-Konto	47 682.43	Per Kreditoren-Konto	48 725.89
An Jubiläen-Konto	4 092.10	Per Grundstückschuld-Konto ..	8 000.—
An Anteile-Konto	50.—	Per Betriebsfonds-Konto	12 229.20
		Per Akzept-Konto	101.46
		Reingewinn	2 385.29
	87 067.80		87 067.80

Mitglieder-Bestand.

Mitglieder-Bestand am 1. Januar 1911 97
 Hiervon scheidet aus durch Auflösung

Blieben am 31. Dezember 1911 ein Mitglieder-Bestand von 95 mit 95 Geschäftsanteilen.

Die Geschäftsanteile der Mitglieder betragen am 1. Januar 4731.50 M.
 Derselben verringerten sich im Geschäftsjahre um 56.—

Geschäftsanteile am 31. Dezember 1911 4675.50 M.
 Die Hoffsumme betrug am 1. Januar 1911 4900.— M.
 Am 31. Dezember 1911 4800.—

Revidiert und mit den Belegen übereinstimmend befunden.
 Burgsteinfurt, den 24. Februar 1912.
 Der Aufsichtsrat:
 H. Seb., H. Demter, H. Demter,
 F. Weisbring, H. Bennemann.

Der Vorstand:
 Wilh. Köhlig,
 Gebr. Effers.

Aufruf!

Der Zigarrenmacher Heinrich Brünig aus Galesstede (Kr. Neuhaldensleben) wird ersucht, seine Adresse umgehend seinen bestmöglichen Eltern mitzuteilen. Die Bevollmächtigten und Kollegen, in deren Bereich sich Genannter aufhält, bitte ich, denselben auf vorstehendes aufmerksam zu machen. Sein letzter bekannter Aufenthalt war Pflingten 1911 in Pöytau (Schlesien).
 H. Schlegel, 1. Bev., Ergleben.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Tode und Begräbnisse meines lieben Mannes, für die zahlreichen Kranzspenden und ehrenvollen Besuche zur letzten Ruhestätte sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Vorstand und der Redaktion des D. Z. A. B., sowie den Ortsgruppen seines Gaus meinen herzlichsten Dank.
 Braunshweig, 11. März 1912.
 Wit. W. Burgeiß

Briefkästen.

Ergleben 1.10 M.